



Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail gs@fdp-prd.ch Internet www.fdp.ch	Inserate Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 925 50 60 Fax 01 925 50 77 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	Layout/Druck NZZ PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
--	---	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

25. Jahrgang. Erscheint monatlich.

AZB
3001 Bern

Herr
Franz Georgs Maier
Dir. Schweiz. Landesbibliothek
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Inhalt

Zivilschutz

Reform
trägt Anforderungen
Rechnung.

4

Jetzt erst recht

Freisinnige Ideen
hinaustragen.

5

Nein zu Leerstellen

Ja zur Berufslehre.

7

Wirtschaft

Ist Wachstum
unanständig?

10

Anzeige

Innotherm

Öl-Kondensations-
heizungen sparen
10% Heizöl.

THERM
Innotherm AG - Talackerstr. 14 - 8274 Tägerwilen
Telefon 071 669 28 82 - Fax 071 669 28 87

Auf dem Weg zum Neosozialismus

Zehn Jahre nach dem EWR-Nein

Die Schweiz hat verschlafen. Zehn Jahre nach dem EWR geht es uns zwar noch nicht schlecht, aber auch nicht mehr gut. Lautstark wird das Ende des Neoliberalismus herbeigeschrieben und -geredet. Ein Blick in Staat und Wirtschaft zeigt, dass wir alles andere als Neoliberalismus haben; wir steuern direkt in Richtung Neosozialismus.

Von Daniel Heller, Grossrat,
Erlinsbach AG

So zeigen alle wirtschafts-
politischen Indikatoren vom
Trend her gegen uns:

- Wirtschaftswachstum: unterdurchschnittlich
- Produktivitätswachstum: unterdurchschnittlich
- Staatsverschuldung: wächst überdurchschnittlich
- Soziallastquote: steigt überdurchschnittlich
- Staatsquote: steigt überdurchschnittlich
- Fiskalquote: steigt überdurchschnittlich

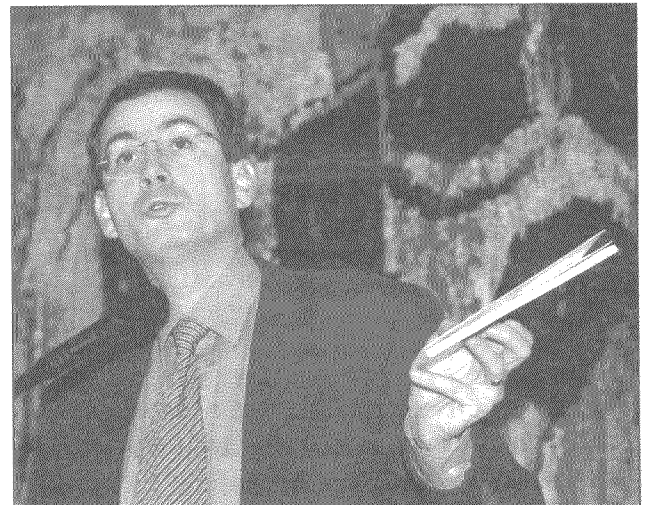
Wer nicht vom grossen EU-Binnenmarkt profitieren will, kann draussen bleiben. Die Schweiz will zu Recht mehrheitlich diesen Weg gehen. Wir werden aber auf Dauer nur überleben können, wenn wir besser sind oder bleiben als die anderen.

In der Legislatur 03/07 wird es in Bern darum ge-

hen, mit einer Doppelstrategie für die Schweiz Wettbewerbsvorteile zurückzugewinnen. Die Politik muss endlich den Mut haben, Prometheus wieder zu entfesseln und die Schweiz auf den Wachstumspfad zurückzuführen. Not tut eine Eindämmung von Kosten, Abgaben und Auflagen einerseits – ein Aufbruch in neue Technologien, Produkte und Märkte andererseits. Wir brauchen liberale Lösungen für unsere Probleme:

Freiheit und Verantwortung

Folgendes liberales Programm führt die Schweiz zum Erfolg zurück:
Solide Staatsfinanzen: Bei insgesamt hohen Staats- und Fiskalquoten (Fiskalquote Schweiz 40,4%, 1990 noch 37,5%) haben wir es mit einer «Staatswirtschaft» zu tun, welche den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft wider-



Nationalratskandidat Daniel Heller.

Bild AZ

spricht. Die Ära der Defizitwirtschaft ist umgehend zu beenden. Staatstätigkeiten und die Staatsquote sind daher zurückzufahren. Der Anstieg der Staatsausgaben ist deutlich unter der Steigerung des Sozialproduktes zu halten.
Privatisierungsoffensive: Der Service public in der Schweiz ist gut, aber zu teuer. Er kann – ohne Einbussen – gleich gerecht, aber für den Bürger günstiger organisiert werden. Vorrang des Privateigentums und privater Unternehmen, wie sie zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft gehören, heisst auch, dass der

Staat sich auf den Kern staatlicher Aufgaben zurückziehen hat. In einer sozialen Marktwirtschaft ist es nicht Aufgabe des Staates, dort unternehmerisch tätig zu sein, wo durch private Organisationen Leistungen mit gleichem Standard oder besser angeboten werden können.
Steuerreduktion: Die Abgabenquote hat in der Schweiz im Jahre 2000 den Spitzenwert von 40,4% erreicht. Ein solcher massiver Zugriff auf die private Leistung verträgt sich nicht mit den Grundsätzen

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

der sozialen Marktwirtschaft und mit dem Erfordernis der Stärkung von Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit. Steuerentlastung ist keine Wohltat für Unternehmer und andere Leistungsträger, sondern Anreiz für Investitionen und damit Grundlage für mehr rentable Arbeitsplätze und eine wirksame Standortsicherung.

Deregulierung: Deregulierung ist eine Daueraufgabe. Zur Pflege des Wirtschaftsstandortes im internationalen Wettbewerb gehört, Rahmenbedingungen für offene und flexible Märkte zu gestalten. Bürokratische, restriktive und langwierige Regelungen, Prüfungs- und Genehmigungsverfahren lähmen die Märkte, verzögern Investitionen, verlagern sie ins Ausland und halten ausländische Investoren ab. Zur Begrenzung der ständig wachsenden Staatsaufgaben ist eine Befristung von Gesetzen und finanzwirksamen Erlassen («Sunset Legislation») einzuführen. Die Befristung bewirkt eine Umkehr der Beweislast für die Weiterführung von (Teil-) Aufgaben und Leistungen des Staates zu denjenigen, welche die Aufgabe weiterhin erfüllen möchten. Sie erschwert damit die Fortführung von Staatsleistungen, die nur wegen des Parkinson'schen Gesetzes («Das ständige Wachsen der Zahl der Beamten unterliegt ausschliesslich der Eigengesetzlichkeit»), «weil man es schon immer so gemacht hat», oder wegen damit verbundenen «Pfründen» (bspw. Subventionen) fortgeschrieben werden.

Umbau der Sozialsysteme: Beim Abbau des Wohlfahrtsstaates oder bei der Reform des Sozialstaates geht es zur Hauptsache darum, mehr marktwirtschaftliche Anreize in die Sozialversicherung einzubauen. Dabei müssen Selbstverantwortung, Eigeninitiative und Eigenvorsorge stärker gewichtet werden. Wir kämpfen für weniger Kostenwachstum im Gesundheitswesen, insbesondere durch effiziente Leistungserbringung in den Spitälern, durch Beschränkung des Versicherungs-Grundleistungskataloges auf das Notwendige und

durch Anreize für kostenbewusstes Verhalten aller Beteiligten. Gute Qualität der Medizin und tiefere Krankenkassenprämien dürfen keine Gegensätze sein.

Flexible Arbeitsmärkte: Staatliche Eingriffe in Vereinbarungen der Sozialpartner über Löhne, Arbeitszeiten und allgemeine Arbeitsbedingungen führen zu Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt, die eher zum Schaden als zum Nutzen der Beschäftigten sind.

Konsolidierung der Bildungsreformen: Im Bildungswesen müssen wir tiefer als bei den Struktu-

ren ansetzen – nämlich bei dem, was unser Erziehungs- und Bildungssystem den kommenden Generationen vermittelt. Die Jugend muss besser auf die Freiheit vorbereitet werden; sie muss die Fähigkeit erlangen, mit Freiheit umzugehen. Das «selber für sich und seine Zukunft verantwortlich sein» soll als das empfunden werden, was es ist: ein Gewinn und keine Last.

Prometheus entfesseln

Nur wenn es gelingt, die Marktwirtschaft zu ihrer alten Leistungsfähigkeit zurückzuführen, wird auch

der Staat wieder finanzierbar und ist für seine Aufgaben gewappnet. Entfesseln wir also Prometheus, kehren wir zum Wachstum zurück und schaffen wir Arbeitsplätze.

Ich bin überzeugt, dass die Idee der Freiheit – verbunden mit der Verantwortung – die Kraftquelle ist, nach der wir suchen. Sie wird uns helfen, den Modernisierungstau zu überwinden und unsere Schweiz so zu dynamisieren, dass sie den Wandel bewältigt und weiterhin eine lebenswerte Heimat ist. ■

AHV: Die Illusion geht weiter...

Kommentar zur 11. AHV Revision

Die stets steigende Lebenserwartung sowie die ungünstige demographische Entwicklung stellen grosse Herausforderungen an die Finanzierbarkeit der künftigen Renten dar.

Von Philipp Jung, JF, TG

Hatte eine Frau 1950 noch ca. 70 Jahre Lebenserwartung, sind es heute ca. 83 Jahre. Gleichzeitig nahm das Verhältnis von Rentenzahlern zu Rentenbezügern von ca. 5,5 im Jahre 1950 auf heute nur noch 3 ab. Das jetzige System wird dramatisch aus dem Gleichgewicht kommen. Zur Finanzierung der Renten gibt es drei Möglichkeiten: Erstens kann der Beitragssatz erhöht werden, zweitens kann das Rentenalter erhöht werden, oder dann kann drit-

tens der Bund seinen Finanzierungsanteil (z.B. MWST-Prozente) erhöhen.

Mit der 11. AHV-Revision hat das Parlament klar gemacht, wie es die AHV zu sichern gedenkt: Zwar wurden einige wenige Einsparungen beschlossen, grundsätzlich scheint es aber, dass die Mehrwertsteuer einfach den immer grösser werdenden Finanzierungshunger der AHV decken soll. Dass aber eine immer weiter steigende Lebenserwartung auch mit einem Steigen des Rentenalters einhergehen könnte, wurde zwar bei der Anpassung des Rentenalters der Frau auf 65 (in der 10. AHV-Revision) ein wenig berücksichtigt. Jetzt hat das Parlament mit der 11. AHV-Revision jedoch durch die Förderung des Rentenvorbezuges wiederum einen Anreiz ge-

schaffen, dass das effektive Rentenalter wieder absinken könnte. Eine Flexibilisierung, die in die falsche Richtung geht.

Man kann es drehen oder wenden, wie man will: Die Demographie und die längere Lebenserwartung machen eine grundlegendere Reform der AHV vonnöten. Denn bei einem Beibehalten der jetzigen Parameter (Pensionsalter, Beitragssatz und Rentenhöhe) muss die Mehrwertsteuer fast endlos erhöht werden. Kann dies der Weg sein? Die Mehrbelastung durch die Mehrwertsteuer wirkt voll auf den Konsum, da die Mehrwertsteuer vor allem untere Einkommensklassen mit einer hohen Konsumquote hart trifft. Doch gerade der anhaltende Konsum hat die Schweiz in den letzten zwei Jahren vor einem weiteren

Abgleiten Richtung Rezession bewahrt.

Die Idee, dass man sich mit 65 aus dem Erwerbsleben endgültig verabschieden könne und eine volle AHV-Rente bezieht, scheint also nicht mehr oder dann nur durch eine unsolidarisch hohe Belastung der arbeitenden Bevölkerung zu finanzieren zu sein. Beispiele von aktiven Senioren, die ja über einen hohen Erfahrungsschatz verfügen, gibt es genug. Je länger man die Illusion des Rentenalters 65 – bei voller Rente – noch aufrechterhält oder gar aktiv fördert, desto dramatischer und unvorbereiteter wird uns die Realität einholen. Es gilt nun ein Konzept zu finden, das nebst der langfristigen Finanzierbarkeit der AHV auch die Generationengerechtigkeit berücksichtigt. ■

Christian Rathgeb neuer FDP-Präsident

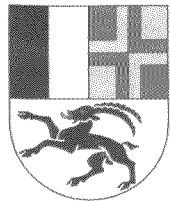
Ja zur neuen Bündner Kantonsverfassung

An der Delegiertenversammlung der Freisinnig-Demokratischen Partei Graubünden in Chur wurde der 33-jährige Jurist Christian Rathgeb aus Rhäzüns einstimmig zum neuen Kantonalparteipräsidenten gewählt. Er tritt die Nachfolge von Hans Joos aus Samedan an, der nach 3-jähriger Amtszeit seinen Rücktritt gegeben hat.



Christian Rathgeb

Von Silvio Zuccolini,
Pressechef FDP GR,
Thusis



Zudem wurden neu in die FDP-Geschäftsleitung gewählt: Regierungsrat Martin Schmid, Splügen, Fraktionschef Rolf Hanimann, Küblis, Hans Peter Michel, Davos, Christina Schauer, Arosà. Die Bisherigen, Nationalrat Duri Bezzola, Scuol, Pressechef Silvio Zuccolini, Scharans, Jann Hartmann, Chur, Urs Schädler, Chur, Grossrätin Riccarda Suter, Chur, wurden zusammen mit den neuen GL-Mitgliedern einstimmig für die Amtszeit 2003 bis 2006 gewählt.

Parteisekretariat noch nicht besetzt

Der/die zu ersetzende ParteisekretärIn ist durch die neue Geschäftsleitung

nach Abschluss des Auswahlverfahrens noch zu wählen.

Vorgängig der statutarischen Geschäfte mit Rechnungsablage wurde die Abstimmungspareole für die Revision der Kantonsverfassung gefasst. Regierungsrat Martin Schmid verstand es, die umfassende Vorlage klar und deutlich darzustellen. Er stellte abschliessend fest, dass die Verfassung nicht nur aus der Summe von Artikeln bestehe, sondern man müsse die Gesamtsicht würdigen. Die neue Verfassung übernehme wirklich Bewährtes und greife notwendige Neuerungen auf, deshalb verdiene sie breite Zustimmung.

Kantonale Vorlagen

Nach eingehender Diskussion und zum Teil auch kritischen Stimmen zum Wahlverfahren beschlossen die FDP-Delegierten 2x Ja zur Kantonsverfassung,

und zur Stichfrage nach dem Wahlverfahren entschied man sich mit 47 zu 25 Stimmen für das sogenannte Bündner Modell.

Erster Auftritt von Christiane Langenberger im Bündnerland

Nachdem die schweizerische FDP eine neue Präsidentin gewählt hatte, lag es auf der Hand, Frau Ständerätin Christiane Langenberger einzuladen, um sich bei ihren Bündner Freisinnigen vorzustellen. In ihrem Referat führte sie unter anderem wörtlich aus: «Wir wollen zeigen, dass wir alle mit Mut, vollen Kräften, Hoffnung, Willen, den betrubten Zeiten definitiv den Rücken kehren und in dieses Wahljahr mit Zuversicht einsteigen wollen.»

Selbstkritisch und wegweisend

Zudem richtete sich der bisherige Präsident Hans Joos mit einem ausgezeichneten Referat an die Delegierten. In diesem, auch von Selbstkritik geprägten Abschiedsreferat unter dem Titel «Die FDP als staatstragende Partei mit sozialem Gewissen» stellte er unter anderem in seinen Schlussfolgerungen fest, dass die FDP für eine selbständige, moderne, in Europa gut eingebundene Schweiz und für moderne Bildung und starke Wirtschaft stehe. Sie sei aber nicht per se die Wirtschaftspartei der Schweiz. Sie sei für alle da, die einen modernen

Staat mit einer starken Wirtschaft wollen, der allein die Grundlage für einen effizienten und gerechten Sozialstaat schaffen könne.

Die Verabschiedung der abtretenden Geschäftslei-

tungsmitglieder erfolgt auf sympathische Art und Weise durch Grossrätin Riccarda Suter, Chur. ■

Der neue Präsident

Den Delegierten, die den neuen Präsidenten zu wählen hatten, wurde nachstehender Lebenslauf präsentiert:

Name: Christian Rathgeb
Adresse: Via Surò, Casa Cresta, 7403 Rhäzüns
Telefon: G 081 258 38 14
Fax: 081 258 38 19
E-Mail: rathgeb.advokatur@bluewin.ch
Geboren: 14. 2. 1970, ledig, von Rhäzüns

Ausbildung

1976–1982 Primarschule in Rhäzüns
1982–1985 Sekundarschule in Bonaduz/Rhäzüns
1985–1990 Kantonsschule in Chur, mathematisch-naturwissenschaftliche Matura
1991–1997 Jurastudium an der Uni Zürich
30. 10. 2002 Promotion zum Dr. iur. (Diss. bei Prof. Dr. A. Kölz, Uni Zürich)

Berufliche Tätigkeit

1998–2001 Anwaltspraktika beim Rechtsdienst des Justiz- und Polizeidepartementes GR, beim Kantonsgericht GR und bei der Staatsanwaltschaft GR, Anwaltspatent (11. 1. 2002)
ab 14. 1. 2002 Partner bei Bänziger Mengiardi Toller und Partner, Rechtsanwälte und Notare, Chur

Verschiedenes

seit 2000 Vizepräsident FDP Graubünden, Präsident FDP Kreis Rhäzüns
seit 2001 Dozent für Recht und Wirtschaft an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Chur und am Schweizerischen Institut für Unternehmerschulung (SIU) in Chur
seit 2001 Aktuar ad hoc am Kantonsgericht von Graubünden
seit 2002 Hptm im Stab Geb Div 12, Of zVf Kdt Geb Div 12 (bis 2001 Kdt Stabs Kp Geb Inf Rgt 36)

Umfassender Schutz unserer Bevölkerung

Die Reform trägt verschiedenen Anforderungen Rechnung

Der Schutz unserer Bevölkerung ist eine wichtige gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Wichtig ist, dass der Schutz auf heutige und künftige Gefahren und Bedrohungen ausgerichtet ist.

Von Nationalrat Karl Tschuppert, Ettiswil LU

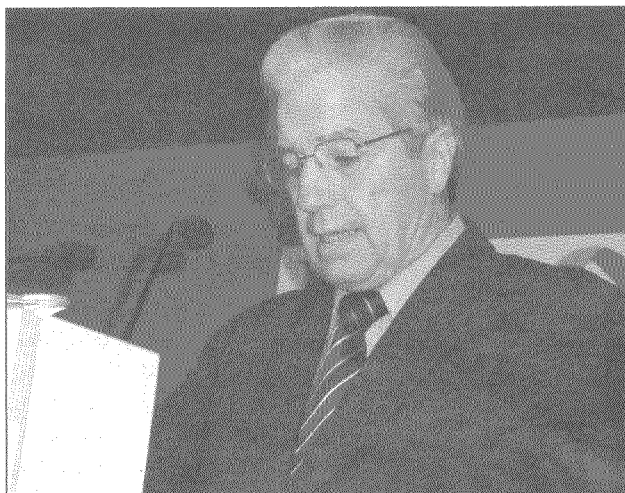
Dabei sind auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die finanziellen Möglichkeiten von Bund, Kantonen und Gemeinden zu berücksichtigen.

Mit der Reform des Bevölkerungsschutzes erreichen wir eine engere Zusammenarbeit der Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz im Bereich der Katastrophen- und Nothilfe. Die Hilfeleistung zugunsten der betroffenen Bevölkerung kann damit effizienter gewährleistet werden. Der Bund übernimmt vor allem dort

Verantwortung, wo Katastrophen und Notlagen nationale Dimensionen annehmen. Bei grossflächigen Verstrahlungen, bei Epidemien, bei einem bewaffneten Konflikt. Damit soll für alle Betroffenen ein gleichwertiger Schutz sichergestellt werden.

Kosten und Verantwortung aufteilen

Entsprechend unseren föderalistischen Gepflogenheiten wird auch der Kostenverteilungsschlüssel zwischen Kantonen und Gemeinden angepasst. Somit wird die Verantwortung des Bevölkerungsschutzes in den Kantonen, Regionen und Gemeinden gefestigt, und die speziellen Bedürfnisse können so besser berücksichtigt werden.



Karl Tschuppert

Zivilschutz agiert nicht allein

Die Reform hat denn auch im Parlament von links bis rechts überzeugt. Das Referendum ist denn auch nur gegen die Neuerungen im Zivilschutz ergriffen worden. Die Reformgegner argumentieren, dass die Verkleinerung des Mannschaftsbestandes einen ausreichenden Schutz der Bevölkerung verhindern würde. Dazu ist zu bemer-

ken, dass der Zivilschutz mit einem neuen Bestand von max. 120 000 Eingeordneten im Ernstfall nie allein im Einsatz ist. Im Gesundheitswesen sind 400 000 Personen beruflich, subsidiär oder freiwillig tätig. Die Feuerwehren umfassen ebenso rund 120 000 Angehörige, die bestens ausgerüstet und ausgebildet sind. Bei guter, koordinierter Organisation reicht dies längs-

tens, um die Folgen von Katastrophen mildern zu können. Terror-Anschläge und Verseuchungen mit ABC-Waffen können auch mit grösseren Beständen nicht vermieden werden. Demgegenüber beinhaltet die Neuorganisation ein optimiertes Dienstpflichtsystem und eine verbesserte Ausbildung. Die Dienstpflicht dauert neu nur noch bis zum 40. Altersjahr (vorher 50. Altersjahr). Zudem entfällt die Schutzpflicht nach erfüllter Militärdienstpflicht.

Sache der Kantone

Der neue Zivilschutz ist im Wesentlichen ein Kind der Kantone. Sie haben ihn federführend mitentwickelt. Wer die Kantone kennt, weiss, dass sie sicher nicht gegen die eigenen Interessen verstossen. Deshalb sage ich mit Überzeugung Ja zum Gesetz über den Bevölkerungsschutz und zum erneuerten Zivilschutz. ■

Anzeige

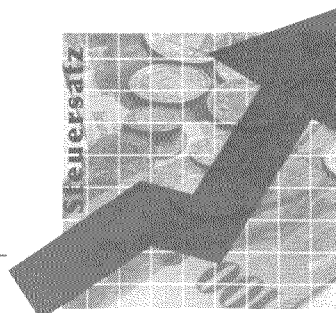
Untaugliche SP-Initiative

Gesundheits-Steuern

Neue Steuern lösen keine Probleme im Gesundheitswesen.

Sparanreize (Franchisen, Selbstbehalte) fallen dahin. Die Kosten explodieren.

Der Staat muss ständig und massiv die Mehrwertsteuer, die Einkommens- und Vermögenssteuer erhöhen.



18. Mai

NEIN

Komitee «Nein zur Gesundheitssteuer-Initiative der SP», Postfach 6136, 3001 Bern.
Co-Präsidium: Michèle Berger-Wildhaber, Ständerätin FDP/NE; Toni Bortoluzzi, Nationalrat SVP/ZH; Jean Henri Dunant, Nationalrat SVP/BS; Jean Fattebert, Nationalrat SVP/VD; Bruno Frick, Ständerat CVP/SZ; Felix Gutzwiller, Nationalrat FDP/ZH; Thérèse Meyer-Kaelin, Nationalrätin CVP/FR; Fulvio Pelli, Nationalrat FDP/TI; Claude Ruey, Nationalrat LP/VD; Felix Walker, Nationalrat CVP/SC; Christine Wirz-von Planta, Nationalrätin LP/BS. www.gesundheitssteuer-nein.ch

Jetzt erst recht

Freisinnige Ideen zu den Bürgerinnen und Bürgern tragen

Die Resultate der kantonalen Wahlen in diesem Frühjahr waren – mit wenigen Ausnahmen – alles andere als erfreulich. Die Resultate sind aber kein Grund, in Lamentieren und Wehklagen zu versinken und resigniert Richtung Wahlherbst zu blicken. Die FDP will im Gegenteil noch verstärkt eine Alternative zur Koalition des Stillstands bieten. Wir haben noch mehr als fünf Monate Zeit, um dies den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären.

Jetzt erst recht bin ich überzeugt, dass wir gemeinsam dafür kämpfen müssen, dass die liberalen, fortschrittlichen Werte auf nationaler Ebene vertreten werden. Jetzt erst recht müssen wir dafür sorgen, dass Freisinnige im Bundesparlament eine echt bürgerliche, lösungsorientierte Politik machen. Jetzt erst recht müssen wir daran arbeiten, dass die Schweiz nicht blockiert und ins Abseits manövriert wird. Die FDP hat gute Köpfe, die für die wirtschaftliche und forschende Zukunft unseres Landes stehen – die wollen wir zeigen. Und die FDP hat wichtige Themen und konkrete Lösungen – die wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern näher bringen.

Themen setzen und Zähne zeigen

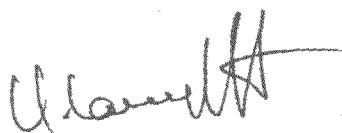
Wer die Wahlplattform und die Positionspapiere der FDP liest, stellt fest, dass hier konkrete Inhalte und Ideen vorhanden sind, dass Fleisch am Knochen ist. Wir tanzen nicht nach jeder Mode.

- Wir kämpfen für sichere Arbeitsplätze. Viele freisinnige Unternehmer haben hier mehr zu bieten als hohle Parolen und leere Versprechungen.
- Wir kämpfen für die Sicherheit der Renten. Es darf nicht sein, dass wir ein Leben lang Beiträge an die Sozialversicherungen abliefern und nicht sicher sein können, eine Rente zu erhalten.

- Wir kämpfen für mehr Sicherheit, für mehr Bürgersicherheit. Dazu haben wir ein Vier-Säulen-Konzept entwickelt, das auf Prävention, Repression, Therapie und Wiedergutmachung beruht. Alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Land müssen sich ohne Angst frei bewegen können. Gewalt darf auf keinen Fall toleriert werden.

Mit diesen Themen wollen und können wir die Bevölkerung überzeugen, denn diese Themen beschäftigen – zu Recht.

Die FDP steht im aktuellen politischen und wirtschaftlichen Umfeld im Gegenwind. Das darf aber nichts an unseren Überzeugungen ändern. Wer die liberalen Werte der aktuellen Windrichtung opfert, macht keine seriöse Politik. Die FDP steht für Grundwerte wie Freiheit und Verantwortung ein, und damit kämpfen wir für eine sichere Zukunft unseres Landes. Ich bitte alle Freisinnigen und ermutige sie, mich auf diesem Weg zu begleiten und zu unterstützen, denn gemeinsam erreichen wir dieses Ziel. Wir sind aber nur dann stark, wenn wir uns nicht zersplittern. Einigkeit bringt Erfolg.



Christiane Langenberger
Ihre FDP-Präsidentin



So treten die Waadtländer an



Fünf Frauen und dreizehn Männer

Die FDP des Kantons Waadt tritt mit Parteipräsidentin **Christiane Langenberger** sowohl als Ständerätin als auch auf der Nationalratsliste an.



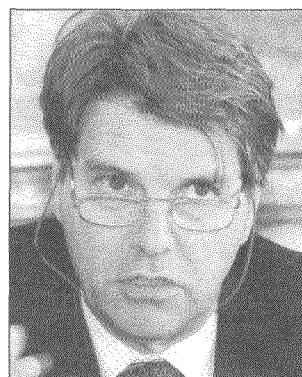
Christiane Langenberger



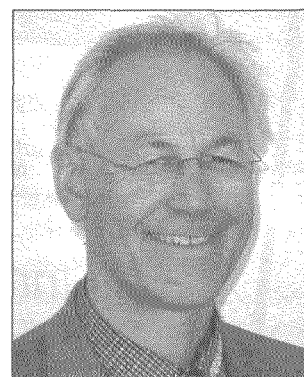
Yves Christen



Charles Favre



Yves Guisan



René Vaudroz

Während Christiane Langenberger sowohl als Ständerätin als auch auf der Nationalratsliste antritt, figurieren nebst ihr auf der 18er-Liste die vier bisherigen Nationalräte Yves Christen

(Nationalratspräsident), Charles Favre, Yves Guisan und René Vaudroz. Neben diesen bewährten Kräften kandidieren neu: Christa Calpini, Philippe Cornamusaz, Thérèse De

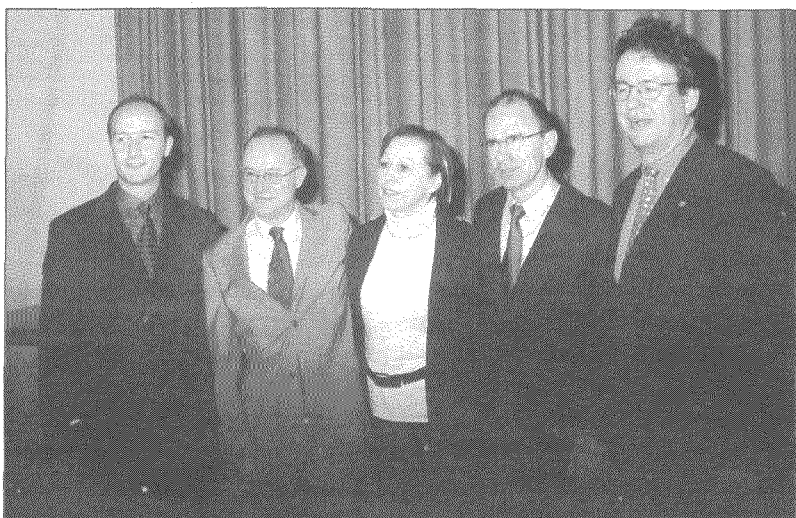
Meuron, Jacqueline De Quattro, Pierre Duc, Claude-André Fardel, Olivier Feller, Pierre Grandjean, Frédéric Grognuz, Jean Martin, Isabelle Moret, Jacques Pernet, Francis Thevoz. ■

So treten die Bündner an

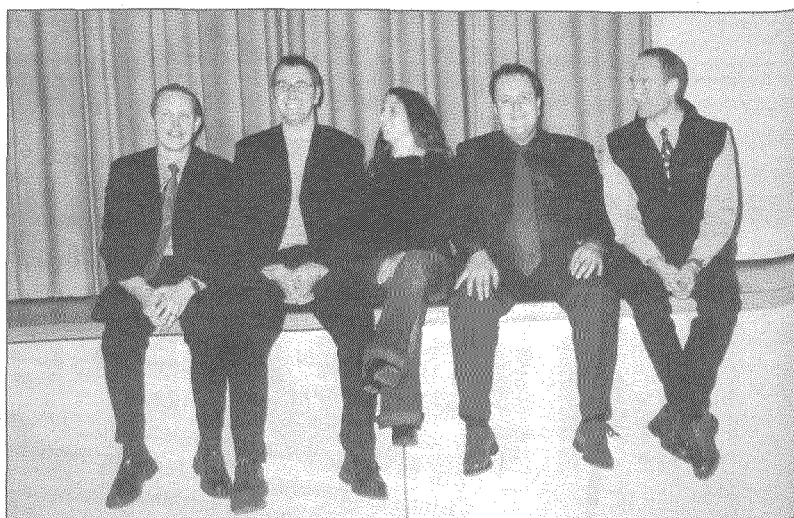


Neben der Hauptliste kandidiert auch das Futuro-Team

An der Nominationsversammlung in Landquart entschlossen sich die Delegierten mit einer Frau und vier Männern anzutreten. Zuvor taten es ihnen die Jungen mit einer Futuro-Liste gleich.



Dass der bisherige Nationalrat **Duri Bezzola** (2. von rechts) wieder nominiert wird, war unbestritten. Ihm zur Seite stehen v.l.n.r.: Urs Marti, Markus Fetscher, Christina Schauer und Jürg Michel.



Die Liste des Futuro-Teams setzt sich wie folgt zusammen v.l.n.r.: **Erich Putzi**, **Jann Hartmann**, **Ladina Nick**, **Arno Lombardini** und **Christian Rathgeb**.

Bilder Hungerf

Wollen wir Leerstellen statt Lehrstellen?

Nein zu einer Verstaatlichung der Berufslehre

Am kommenden 18. Mai werden Volk und Stände über die Lehrstellen-Initiative der Gewerkschaftsjugend (Lipa) entscheiden. Ein klares Nein wäre sehr wichtig, denn das Volksbegehren ist teuer, unsinnig und gefährlich.

Von Nationalrat
Pierre Triponez, Muri BE



Pierre Triponez

Ohne eine einzige Gegenstimme haben im letzten Dezember sowohl der Ständerat (44:0 Stimmen) wie auch der Nationalrat (171:0 Stimmen) das neue Berufsbildungsgesetz verabschiedet. Trotzdem werden wir über diese destruktive Volksinitiative abzustimmen haben. Das neue Berufsbildungsgesetz baut auf den langjährigen Erfahrungen unseres bewährten Systems. Dieses geniesst weltweit Anerkennung und wird vielerorts kopiert. Unsere Berufsleute gelten überall als bestens qualifizierte Fachkräfte. An den internationalen Berufsweltmeisterschaften und anderen Wettbewerben erbringen unsere Jugendlichen und Erwachsenen immer wieder die Höchstleistungen. In der Schweiz absolvieren nahezu 70 Prozent aller Schulabgänger eine Berufslehre in einem Lehrbetrieb. Dieses System, welches aus einer praktischen Ausbildung in einem Betrieb und einem schulischen Teil besteht, ermöglicht den Jugendlichen ei-

nen frühzeitigen Eintritt in die reale Arbeitswelt. Es ist denn auch festzustellen, dass die Integration unserer Jugend in die Arbeitswelt in der Regel optimal erfolgt.

Zweifelhaftes Recht

Die Lehrstellen-Initiative der Gewerkschaftsjugend – pikanterweise hat kaum einer der Erstunterzeichner selber jemals eine Berufslehre absolviert – will die bewährte freiwillige Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat durch ein völlig neues System ersetzen. Mit der Lipa soll ein staatlich garantiertes, einklagbares «Recht auf eine ausreichende berufliche Ausbildung» gewährleistet werden; von Pflichten der Jugendlichen ist dabei keine Rede. Hingegen müssten Schulabgänger von Staates wegen mittels entsprechender Angebote geschult werden. An-

stelle der bewährten praktischen Ausbildung im echten Betrieb in der Arbeitswelt würden unsere künftigen Berufsleute fernab von der Praxis in staatlichen Ausbildungszentren geschult. Zu diesem Zweck sollen die Arbeitgeber einseitig mit einer «Berufsbildungsabgabe» zur Kasse gebeten werden, von der sie ganz oder teilweise entlastet werden können, wenn sie selber «qualitativ ausreichende» Ausbildungsplätze anbieten können. Damit provoziert diese Initiative einen gefährlichen und irreparablen Bruch mit dem heutigen dualen Berufsbildungssystem unseres Landes.

Verheerende Wirkungen

Sämtliche Erfahrungen aus dem Ausland belegen, dass eine Verstaatlichung der Berufsausbildung verheerende Auswirkungen

empfindlich gestört. Die unbestrittene Qualität der Berufslehre würde massiv verschlechtert. Die Folge davon wären – wie dies anhand ausländischer Beispiele klar aufgezeigt werden kann – eine Entfremdung zwischen Ausbildung und praktischer Arbeit und das Risiko einer dramatisch hohen Jugendarbeitslosigkeit.

Unverantwortliche Illusion

Die Initianten wollen uns weismachen, dass allen Jugendlichen ihre Wunschlehrstelle zusteht. Das ist eine unverantwortliche Illusion: Wenn Bund und Kantone ohne Einbezug der Wirtschaft Ausbildungsplätze errichten können und sich dabei auf die Vorstellungen der Jungen stützen, wird die Gefahr massiv erhöht, dass sie anschliessend keine Arbeit finden. Wenn Bund und

Kantone für die Lehrstellen zu sorgen haben, besteht zudem die Gefahr, dass sich die Wirtschaft aus ihrer Verantwortung zieht und immer weniger Lehrstellen anbietet. Die öffentliche Hand müsste mit künstlichen Institutionen Lehrstellen schaffen. Nicht leugnen lässt sich die Tatsache, dass die Lipa ein kostspieliges Unterfangen ist. Mit der Schaffung eines gesamtschweizerischen Berufsbildungsfonds müsste nämlich ein riesiger bürokratischer Apparat aufgebaut werden.

Nein zur Panikmache

Im Vorfeld der Abstimmung wird von den Lipa-Initianten eine akute Lehrstellenkrise heraufbeschworen. Dabei handelt es sich um nichts anderes als eine dem Stimmenfang dienende Panikmache. Dazu hat der verantwortliche Bundesrat Joseph Deiss klar gemacht, dass das neue Berufsbildungsgesetz genug Möglichkeiten bietet, um in Krisensituationen korrigierend einzugreifen. Die von ihm eingesetzte Task-Force stützt sich bereits auf die neue gesetzliche Grundlage und leistet effektive Arbeit – dort, wo dies sinnvoll ist. Die auf die Schaffung neuer Strukturen ausgerichtete Lipa bietet hingegen keine Lösungen für schnelle Krisenbewältigung. ■

Gegen ein kostenbewusstes Verhalten

Die SP-Gesundheitsinitiative: ein untaugliches Rezept

Am 18. Mai 2003 werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die von der SP lancierte Volksinitiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» abstimmen. Laut Initiative soll die obligatorische Krankenpflegeversicherung aus zusätzlichen, zweckgebundenen Mehrwertsteuereinnahmen des Bundes und in mindestens gleich hohem Umfang aus einkommens- und vermögensabhängigen Prämien finanziert werden.

Von Nationalrat
Felix Gutzwiller, Zürich

Die Initiative fordert zudem eine Zentralisierung von Planungs- und Koordinationsaufgaben beim Bund. Eine Selbstbeteiligung der Versicherten ist in der Initiative nicht vorgesehen, und durch die Aufhebung der frei wählbaren Franchisen wird die heute von fast jedem zweiten Versicherten genutzte Möglichkeit, durch kostenbewusstes Verhalten seine Prämie zu senken, abgeschafft. Weil auch die Prämienverbilligung der Initiative zum Opfer fällt, dürfte die Initiative – trotz gegenteiligen Behauptungen – für viele Leute mit tiefem Einkommen eine Mehrbelastung zur Folge haben.

Unsoziale Finanzierung und Umverteilung

Das heutige Finanzierungssystem mit seiner Mischung aus Kopfprämien, einkommensabhängigen Prämienverbilligungen, der Selbstbeteiligung und den teils steuerfinanzierten Spitalkosten ist über Jahre gewachsen und hat seine Stärken und Schwächen. Tatsache ist, dass heute rund 30 bis 40% des Gesundheitswesens über die

Steuerprogression finanziert werden. Personen mit niedrigem Einkommen, die heute von der Prämienverbilligung profitieren, wären bei Annahme der SP-Initiative überproportional von der MWSt-Erhöhung betroffen.

Mehrwertsteuer ohne Ende

Die Mehrwertsteuer müsste – selbst nach heutiger Berechnungsgrundlage, d.h. ohne Berücksichtigung der pro Jahr um rund 5% steigenden Krankenpflegekosten – um 3,5 bis 4% angehoben werden; mittel- und langfristig muss angesichts der steigenden Gesundheitskosten mit einer weiteren Erhöhung des MWSt-Satzes gerechnet werden. Pro Kopf der Bevölkerung entspricht dies einer zusätzlichen jährlichen Belastung durch die Mehrwertsteuer von über 1000 Franken.

Immer wieder Reichtumssteuer

Die Ersetzung der Kopfprämien durch einkommens- und vermögensabhängige Prämien bedeutet die Einführung einer Reichtumssteuer. Je nach Finanzierungsmodell müsste eine zusätzliche Steuerabgabe



Felix Gutzwiller

von zwischen 6% und 9,5% des steuerbaren Einkommens erhoben werden. Die Besteuerung des Vermögens findet heute nur auf Gemeinde- und Kantonebene statt; auf Bundesebene wird das Vermögen nicht besteuert. Ganz abgesehen von diesem massiven Eingriff in die föderalistischen Strukturen, würde die Bemessung vermögensabhängiger Krankenkassenprämien enorme administrative Probleme stellen, wobei der Ertrag z.B. auf Grund der stark schwankenden Börsenwerte nur schwer berechnet werden könnte.

Selbsterkenntnis

Die SP hat offensichtlich kurz vor dem Urnengang die gravierenden Mängel der Initiative erkannt. Nach den neusten Interpretationen der Initianten soll der Kostenanteil der Mehrwert-

steuer nur noch ein Viertel statt – wie im Initiativtext festgeschrieben – maximal die Hälfte betragen. Dies würde gemäss Initianten vorerst zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer von 1,5 statt von 3,5 bis 4% führen. Doch selbst mit dieser Korrektur des SP-Modells müssten auf Grund des heutigen Steuersubstrats die Mehrwertsteuer um 1,85% (statt 1,5%) erhöht werden, auf dem Einkommen müsste der Steuersatz 9,5% (statt 3,4%) betragen, und das Vermögen würde mit 1% (statt mit 0,3%) besteuert. Schliesslich sieht die Initiative keine obere Limite für die Erhöhung der Mehrwertsteuer vor. Bei Annahme der Initiative würde die Kompetenz zur Erhöhung der MWSt auf das Parlament übertragen; das Volk könnte sich nicht mehr zur Erhöhung aus-

sern. Allein für das Wachstum der Kosten im Gesundheitswesen sind rund 0,2 Mehrwertsteuerprozent pro Jahr nötig. Wenig bedacht haben die Initianten, dass bei politisch allenfalls schwierig zu realisierenden weiteren Erhöhungen der Mehrwertsteuer die Rationierung im Gesundheitswesen schnell einzug halten könnte.

Abschaffung statt Ausbau von Sparanreizen

Die SP-Gesundheits-Initiative will die Kompetenzen von den Kantonen zum Bund und von den Privaten zum Staat verlagern. Auch hier schiessen die Initianten weit über das Ziel hinaus. Eine koordinierte Planung ist nötig, doch das Ausschalten jeglichen Wettbewerbs und die Schaffung einer Staatsmedizin ist falsch. Erfahrungen aus dem Ausland zeigen eindrücklich, dass zentralistische und träge Planungsapparate sowie eine Verstaatlichung des Gesundheitssystems zu langen Wartelisten, Rationierungen und somit schliesslich zu einer Zweiklassenmedizin führen. Diesen Qualitätsabbau auf Kosten der Patientinnen und Patienten gilt es zu verhindern. Schliesslich schafft die Initiative sämtliche Sparanreize ab. Denn mit der Finanzierung über immer neue Mehrwertsteuerprozentanteile sowie einkommens- und vermögensabhängige Beiträge entfällt jegliche Kostentransparenz für die Versicherten. Der Druck

Gründung der RADIGAL

Radikal für die Interessen von Lesben und Schwulen

Mitglieder der FDP gründen eine Interessengemeinschaft namens RADIGAL, welche sich innerhalb der Partei für die Anliegen von Lesben und Schwulen einsetzt.

Von François Baur,
FDP Stadt Zürich

Bis anhin wurde die rechtliche Gleichstellung und damit auch eine Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensformen innerhalb der FDP noch nicht breit und eingehend diskutiert. Zum einen geht es hier um ein gesellschaftliches Phänomen, von dem nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen fünf und zehn Prozent der Bevölkerung betroffen sind. Zum andern ist die FDP nicht die Partei, welche vor gesellschaftlichen Veränderungen und neuen Tatsachen den Kopf in den Sand steckt. Neuen, heute gelebten Familienformen, seien es nun Patchworkfamilien, allein erziehende Mütter oder gleichgeschlechtliche Paare, muss in unserer Gesellschaft ebenfalls zu ihrem Recht verholfen werden, und zwar im freisinnigen Geist durch Zurverfügungstellen von konkreten Rahmenbedingungen, in welchen sie sich optimal entfalten können.

Altes Anliegen

Bereits 1988 hat die FDP folgendes gesellschaftspolitisches Bekenntnis abgelegt: «Im Zentrum liberaler

Politik steht der Mensch. In Freiheit und Verantwortung soll der Einzelne, also jede Frau und jeder Mann, unter Berücksichtigung des Wohles der Gemeinschaft, seine Ziele aus einer Vielfalt von Möglichkeiten wählen und bestimmen können.»

In diesem Sinne setzt sich die von FDP-Mitgliedern ins Leben gerufene Interessengruppe RADIGAL für die individuelle Selbstentfaltung von Lesben und Schwulen auf Basis der liberalen Grundwerte ein. Ziel von RADIGAL ist eine vollständige Integration von Lesben und Schwulen in Gesellschaft, Politik und Recht. Bei ihrer Arbeit richtungsweisend sind die formulierten Grundsätze in den Positionspapieren der FDP Schweiz über die Perspektiv liberaler Lebensgestaltung vom 21. Januar 1995 und für eine liberale Familienpolitik, die Chancen bietet und Wachstum ermöglicht, vom 18. August 2001.

Gesetzesentwurf in den Räten

Für gleichgeschlechtliche Paare steht ein Gesetzesentwurf zur Behandlung in den Räten bereit. Sich über dieses Gesetz eine klare Meinung zu bilden und es nach liberalen Grundsätzen mit zu gestalten, ist Aufgabe aller Mitglieder dieser Partei. RADIGAL hat sich zum Ziel gesetzt, diese Diskussion innerhalb der FDP konsequent zu führen. RADIGAL steht als Fachgruppe und

Beratungsgremium Politikerinnen und Politikern auf allen Ebenen zur Verfügung. RADIGAL bietet ausserdem allen Mitgliedern der FDP die Möglichkeit, sich mit einem möglicherweise noch unvertrauten Thema auseinanderzusetzen.

Es braucht aber auch nicht betroffene FDP-Vertreter(innen), die sich in aller Öffentlichkeit für eine gesellschaftliche Integration und rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen einsetzen, wie dies Ruedi Noser anlässlich des 10-Jahr-Jubiläums von Pink Cross, der nationalen Schwulenorganisation, getan hat. Angesprochen auf die Frage, weshalb er als Zürcher Kantonsrat das kantonale Partnerschaftsgesetz persönlich unterstützt habe, antwortete der frischgebackene Vizepräsident der FDP Schweiz, als er am 29. März 2003 an einer Diskussion zum geplanten Bundesgesetz für eine registrierte Partnerschaft teilnahm, er sei der festen Überzeugung, dass die rechtliche Gleichstellung anderer Lebensformen, wie dies im Gesetz für eine registrierte Partnerschaft zum Ausdruck komme, dem liberalen Grundgedanken einer freien und selbstverantwortlichen Lebensentfaltung des Individuums ohne staatliche Schranken entspreche. Dass dies nicht immer selbstverständlich ist, illustrierte eine Bemerkung von Ruedi Noser, wonach aus verschiedenen

Kreisen sein persönlicher Einsatz in der FDP für diese Gesetzesvorlage hinterfragt und ihm, dem glücklich verheirateten Familienvater, persönliche Motive unterstellt worden seien. Noser kommentierte ausgenutzt, es stehe einem Politiker gut an, sich auch einmal für ein Anliegen einzusetzen, von welchem er persönlich nicht profitieren könne. Damit schafft man sich nicht nur Freunde. Dies zeigte ein kleiner Vorfall im Rahmen des Zürcher Wahlkampfes: In der Parteizeitung der Zürcher SVP wurde von unbekannt kommentarlos ein Inserat der FDP Stadt Zürich geschaltet, offensichtlich in der Absicht, die FDP in den Reihen der SVP-Wähler zu verunglimpfen. Diese Aktion zeigt, dass in gewissen Kreisen offensichtlich noch immer die Überzeugung vorherrscht, Schwule und Lesben seien als «Randgruppe» kein wünschenswertes Wählerpotenzial für eine bürgerliche Partei. Die Gründungsmitglieder von RADIGAL, alles engagierte FDP-Mitglieder, die hierfür auch ihren Kopf hinhalten (siehe dazu www.radigal.ch), strafen diese Auffassung Lügen. Auskünfte erteilen Lilian Schaufelberger, Tel. 078 774 29 76, und François Baur, Tel. 079 205 69 83, und finden sich ausserdem auf Internet unter www.radigal.ch, E-Mail: kontakt@radigal.ch. ■

Ansprüche müssen finanzierbar sein

Eine Lanze brechen für das Wirtschaftswachstum

Die Delegierten der FDP haben am 19. Oktober 2002 ein Wachstumsprogramm beschlossen. Wieso? Dieses Land, unsere Gesellschaft, Sie und ich haben enorme Ansprüche.

Von Nationalrat Johann N. Schneider-Ammann, Langenthal BE

Wir wollen unabhängig sein, sicher wollen wir sein, jeder will seinen Arbeitsplatz, die Altersvorsorge und viel anderes mehr. Ohne Wachstum – nachhaltiges Wachstum – sind die Ansprüche nicht zu finanzieren. Es sei denn, wir akzeptierten immer grössere Schulden.

An die nächste Generation denken

Mit noch grösseren Schulden lassen wir die kommenden Generationen resignieren und absacken. Diesen verantwortungslosen Weg geht die FDP nicht mit. Bleibt der Verzicht, die Entlastung, der Rückbau. Dieser ist nur in Wachstumszeiten einigermaßen sozialverträglich um- und durchzusetzen. Also brauchen wir Wachstum, Wirtschaftswachstum, qualitatives, quantitatives und nachhaltiges.

Mich ängstigt, dass wir nicht erkennen, dass sich unsere Wohlfahrtssituation laufend verschlechtert. Unsere Betroffenheit ist kaum existent. Unsere Köpfe sind auf das Verteidigen von Errungenschaf-



Johann N. Schneider

ten und nicht auf das Schaffen von Chancen, die es ohne Risiken nie geben wird, ausgerichtet. Dabei sind wir eine Chancengesellschaft – wenn wir sie denn sein wollen.

Etwas mehr als eine Flugstunde von Kloten haben sich in den vergangenen zehn Jahren leistungsfähige Weltmarktteilnehmer etabliert. Waren sie anfänglich vor allem lohnkostengünstiger, so verste-

« Wachstum ist nur über mehr Arbeitsstunden und eine höhere Arbeitsproduktivität zu generieren. »

hen sie es heute, Topqualität bei hoher Produktivität anzubieten. Diese Regionen sind unsere kommen-

den Herausforderer. Sie setzen den Massstab für unseren Reformbedarf. Dabei gehe ich davon aus, dass wir auch künftig jeden zweiten Franken in den internationalen Märkten verdienen wollen und müssen. Dies wird nur möglich sein, wenn wir wettbewerbsfähiger werden. Eine gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit bedeutet Marktchancen, Arbeitsplätze und Wachstum. Mit der dringlichen Interpellation schlagen wir Alarm, suchen die Diskussion und bieten uns zur Lösungsfindung an.

den Herausforderer. Sie setzen den Massstab für unseren Reformbedarf. Dabei gehe ich davon aus, dass wir auch künftig jeden zweiten Franken in den internationalen Märkten verdienen wollen und müssen. Dies wird nur möglich sein, wenn wir wettbewerbsfähiger werden. Eine gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit bedeutet Marktchancen, Arbeitsplätze und Wachstum. Mit der dringlichen Interpellation schlagen wir Alarm, suchen die Diskussion und bieten uns zur Lösungsfindung an.

Die Antwort des Bundesrates auf den Vorstoss der FDP habe ich sehr sorgfältig studiert. Einen Begeis-

terungssturm löst sie zumindest bei mir nicht aus. Eine ganzheitliche gesamt-bundesrätliche Wachstumspolitik scheint dem Bundesrat nicht angezeigt. Stattdessen wird die Wachstumspolitik als Teil der Wirtschaftspolitik angeboten. Dazu gehört die Umsetzung der von der Arbeitsgruppe Wachstum vorgeschlagenen 22 Stossrichtungen: 3 aktiv und aktuell, 9 brauchen offensichtlich keine besondere Aufmerksamkeit, da sie sich selber umsetzen, und 10 sollen in der nächsten Legislatur entschieden werden. So geht dies nicht. Wir fordern die ganzheitliche Wachstumspolitik des Gesamtbundesrates jetzt! Das Denken und Handeln

in Legislaturperioden hat keinen Platz mehr. Die Zeit zählt. Je schneller wir die Gefahren erkennen und Gegenstrategien entwickeln und umsetzen, umso mehr Bürgern können wir Arbeit und Perspektive bieten. Und verstehen Sie mich recht: Der Staat darf keine Arbeitsplätze schaffen, er soll sie nur ermöglichen. Arbeitsplätze schaffen die wettbewerbsfähigen Unternehmen. Diese investieren, wenn sie an die Zukunft, den Zukunftserfolg und die Attraktivität des Standortes glauben. Eine ganzheitliche Wachstumspolitik ist eine Politik, die allesamt zu privaten Investitionen einlädt.

Wachstum ist nur über mehr Arbeitsstunden und eine höhere Arbeitsproduktivität zu generieren. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bestimmen also darüber, ob mehr Erwerbstätige aktiv sein können. Für die Förderung der Arbeitsproduktivität sind Investitionen in Form von Bildung, Investitionen in Know-how-Projekte und in maschinelle Ausrüstungen nötig. All dies geht nicht, ohne dass sämtliche Politikbereiche unter dem Dach der prioritären Wachstumspolitik des Gesamtbundesrates zusammengefasst werden.

« Manchmal habe ich das Gefühl, dass Wachstum als unanständig angesehen wird. »

Steuererhöhung = Wachstumskiller

Keine Angst, ich zähle Sie nicht alle auf, die wachstumsbestimmenden Politikbereiche. Gelingt es uns aber nicht, in der unmittelbaren Zukunft mehr Binnenwettbewerb zu kreieren, so wird der Exportindustrie die Erfolgsgrundlage entzogen. Droht der Finanzminister mit Steuererhöhungen, so ist dies ein Wachstumskiller, weil dringend notwendige Investitionen in Frage gestellt werden. Können wir das Erwerbsalter nicht flexibilisieren und tendenziell verlängern und gleichzeitig den Frauen vermehrt Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen, so ist eine weitere Wachstumschance vertan.

Auch kurzfristige Lösungen

Es gibt der Aspekte viele, auch solche, die kurzfristig angegangen und umgesetzt werden können. Packen wir's endlich an. Ich erwarte einen klareren Willen des Bundesrates für eine ganzheitliche Wachstumspolitik. Wie gesagt, nur in Wachstumsphasen lassen sich schwierige strukturelle Probleme lösen. Und deren haben wir weiss Gott genug. Lassen Sie mich noch einmal die Frage antippen, wann Handlungszwang besteht. Sie geben privat auch nicht weiterhin Geld aus, wenn Sie nichts mehr im Portemonnaie haben. Sie können nicht! Im Staat ist dies offensichtlich anders. Und weil wir im Staat vor allem in den neunziger Jahren sehr viel mehr auszugeben als einzunehmen beschlossen haben, ist der Handlungszwang längstens gegeben. Jetzt ist

energisch einzuschreiten, denn wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Manchmal habe ich das Gefühl, dass Wachstum als unanständig angesehen wird. Offenbar weil Einzelne mehr profitieren als andere. In Bandbreiten ist dies meiner Ansicht nach erwünscht, denn der Erfolg des Einzelnen motiviert diesen, und seine zusätzliche Leistungsbereitschaft kommt auch den etwas weniger am Wachstum Partizipierenden zugute, also profitieren alle vom Wachstum! Nachhaltiges Wachstum, dazu gehören nebst ökonomischen auch ökologische und soziale Aspekte, ist für eine moderne und verantwortungsvolle Gesellschaft etwas Erstrebenswertes!

Die FDP fordert

- eine gesamtheitliche Wachstumspolitik,
- wachstumsfördernde Politikkorrekturen jetzt und schnell,
- vom Staat ein Zurücknehmen seiner selbst, um den Privaten Perspektiven zu eröffnen,
- Binnenderegulierungen und
- Kostensenkungsprogramme.

Dies alles mit der Zielsetzung, uns heute Perspektiven zu eröffnen und kommenden Generationen nicht unlösbare Probleme in einem festgefahrenen und tief verschuldeten Staat zu überlassen. Ich will eine prosperierende Volkswirtschaft, deren Rückgrat unsere innovativen, weltmarktauglichen KMU-Unternehmen sind. Unsere Wachstumspolitik hat drei Ziele: Arbeitsplätze, mehr Arbeitsplätze, Vollbeschäftigung. ■

Jungliberale Kanton Solothurn nominierten

3 Frauen und 4 Männer auf einer Liste



Die Kandidaten der JLKS (v. l. n. r.): André Messerli, Nadja Fleischli, Michael Meier, Sarah Wirz, Philippe Weyeneth, David Ruprecht, Regula Hitz.

Die Jungliberalen Kanton Solothurn (JLKS) haben an ihrer Nominationsversammlung vom 29. März in Olten ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Nationalratswahlen 2003 nominiert. Die Jungliberalen werden im Oktober mit einer eigenen und vor allem jungen Liste antreten.

An ihrer Nominationsversammlung vor der diesjährigen GV haben die Jungliberalen Kanton Solothurn (JLKS) sieben Kandidatinnen und Kandidaten für ihre Nationalratsliste nominiert. Damit treten die Jungliberalen nach 1999 wiederum mit

einer eigenen vollen Liste zu den Wahlen an. Bewusst haben die Jungliberalen nach jungen und valablen Kandidatinnen und Kandidaten gesucht. Die jüngsten Kandidaten sind 19 Jahre alt, der älteste 25.

Neben der neuen Präsidentin Sarah Wirz (22, Wangen bei Olten) und der neuen Vizepräsidentin Nadja Fleischli (21, Olten) kandidieren weiter Regula Hitz (21, Lostorf), Philippe Weyeneth (19, Deitingen), David Ruprecht (23, Bellach), André Messerli (19, Wangen bei Olten) und Michael Meier (25, Wangen bei Olten). Für weitere Informationen zu den Kandidatinnen und Kandidaten und individuelle Statements nehmen Sie bitte Kontakt auf mit unserer Wahlkampfleiterin Yasmine Heer. ■

Die Liste der Jungliberalen in der Übersicht:

- Regula Hitz, 21 Jahre, Lostorf, Studentin (Jus)
- Nadja Fleischli, 21 Jahre, Olten, kaufm. Angestellte
- Michael Meier, 25 Jahre, Wangen bei Olten, Student (Wirtschaftsinformatik)
- André Messerli, 19 Jahre, Wangen bei Olten, Handelsschüler
- David Ruprecht, 23 Jahre, Bellach, Student (BWL)
- Philippe Weyeneth, 19 Jahre, Deitingen, Polymech.-Lehrling
- Sarah Wirz, 22 Jahre, Wangen bei Olten, Studentin (Jus)

Auslandschweizer-Preis an «Lüthi und Blanc»-Star

FDP Schweiz International ehrt Linda Geiser aus New York

Am 26. März 2003 hat die FDP Schweiz International bereits zum zweiten Mal den Auslandschweizer-Preis verliehen. Die in New York lebende Schauspielerinnen und Künstlerin Linda Geiser wurde für ihre herausragenden Verdienste bei der Förderung von Schweizer Kunstschaaffenden und Kultur in den Vereinigten Staaten geehrt. Die Preisübergabe fand in Anwesenheit von TV-Talker Kurt Aeschbacher und prominenten Gästen aus Politik, Kultur und Wirtschaft in der Labor-Bar in Zürich statt.

Von Petra Studer, politische Sekretärin der FDP Schweiz International

Ziel und Zweck des Auslandschweizer-Preises bestehen darin, die Anliegen

der Bevölkerung vermehrt auf die Bedeutung der «fünften Schweiz» aufmerksam machen; das Image der Schweiz wird nämlich massgebend von den im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizern geprägt.

Im Sommer 2002 wurden breite Kreise aufgerufen, mögliche Preisträgerinnen oder Preisträger zu nominieren: das Netz der schweizerischen Botschaften und die Schweizer Ver-

eine im Ausland, die Mitglieder des Auslandschweizerzerrates, die Auslandschweizer-Organisation (ASO) sowie der Vorstand und die Mitglieder der FDP Schweiz International. Die 25 qualitativ hochstehenden Kandidaturen aus verschiedensten Ländern und Fachgebieten waren der Beweis dafür, dass das Projekt auch beim zweiten Mal grossen Anklang gefunden hat. Mehrere Kandidaturen kamen in die en-

gere Wahl, und der Entschied ist den Jury-Mitgliedern – Dr. Hugo Bütler (Chefredaktor NZZ, Jury-Präsident), Francine Asmis (Vorstandsmitglied FDP Schweiz International), alt Bundesrat Adolf Ogi, Guido Schommer (Generalsekretär FDP Schweiz), Dr. Georg Stucky (Präsident ASO), Dr. Franz von Däniken (Staatssekretär EDA) und Hanna Widrig (Direktorin der Zuger Kulturstiftung Landis & Gyr) – nicht leicht gefallen. Es standen Persönlichkeiten zur Diskussion, welche sich durch ein ausserordentliches Engagement in verschiedensten Bereichen wie humanitäre Hilfe, Entwicklungsförderung, Diplomatie, Wirtschaft, Unterstützung der Kultur, Wohltätigkeit oder Kontaktförderung profiliert haben. Die Nominierten im Ausland wurden unter anderem daran gemessen, inwiefern sie das Wohl des Gastlandes, das Wohl der im Gastland lebenden Auslandschweizer/-innen oder das Image der Schweiz im positiven Sinne beeinflussen konnten. Die Nominierten im Inland wurden vor allem unter dem Aspekt der Förderung der Anliegen der «fünftigen Schweiz» beleuchtet. Die Jury hat sich mit ihrer Wahl der «Auslandschwei-



Linda Geiser bedankt sich bei Nationalrat Erich Müller, Präsident der FDP Schweiz International, für die ihr entgegengebrachte Ehre.

zerin des Jahres 2003» dafür ausgesprochen, die Schauspielerinnen Linda Geiser für ihr herausragendes Engagement im Bereich Kultur und Kontaktförderung zu ehren. Die 1935 in Wabern bei Bern geborene und 1962 nach New York ausgewanderte Geiser wird damit insbesondere für ihre grossartigen Verdienste bei der Förderung

Geiser zusammen mit der Stadt und dem Kanton Bern das «Berner Stipendium» ins Leben. Sie nahm 1985 als erste Frau im Verwaltungsrat des damals wichtigsten Auslandschweizervereins, der Swiss Society of New York, Einsitz. Gleichzeitig wirkte

« Die Nominierten im Ausland wurden unter anderem daran gemessen, inwiefern sie das Wohl des Gastlandes, das Wohl der im Gastland lebenden Auslandschweizer/-innen oder das Image der Schweiz im positiven Sinne beeinflussen konnten. »

der Schweizerinnen und Schweizer im Ausland zu unterstützen und ihre Anerkennung zu fördern. Mit dem durch die FDP Schweiz International vergebenen Preis sollen Persönlichkeiten oder Institutionen geehrt werden, welche sich um die Anliegen der Auslandschweizer/-innen in ausserordentlichem Masse verdient gemacht haben. Gleichzeitig soll diese periodisch stattfindende Ehrung die Schwei-

« Einem breiteren Publikum bekannt ist Linda Geiser durch ihre Mitwirkung in Film- und Fernsehproduktionen. »



In Anbetracht der Weltkugel des Auslandschweizer-Preises hielt Linda Geiser fest: «Heimat ist dort, wo die Menschen mich gern haben!»

sie beim Aufbau des Swiss Institute of New York mit, welches sich der Repräsentation von Schweizer Kunst in der Weltstadt verschrieben hat. Trotz der Emigration in die Vereinigten Staaten hat die Auslandschweizerin auch heute noch starke Bande zu ihrer alten Heimat und kehrt regelmässig in die Schweiz zurück. Auf Einladung von Marco Solari hielt Linda Geiser 1991 in Bellinzona im Rahmen der 700-Jahr-Feier der Schweiz eine viel beachtete Rede für die Künstlerinnen und Künstler sowie die Schweizerinnen und Schweizer im Ausland. Einem breiteren Publikum bekannt ist Linda Geiser durch ihre Mitwirkung in Film- und Fernsehproduktionen. Dazu gehört neben «Ueli der Knecht», «Annabäbi Jowäger» sowie «Die sechs Kummerbuben» insbesondere auch die beliebte TV-Serie «Lüthi und Blanc».

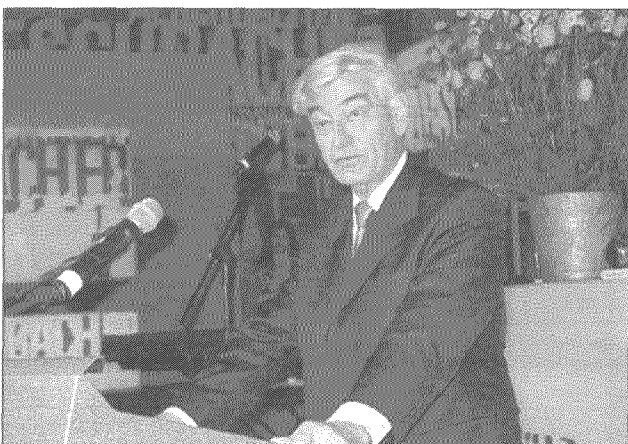
Die Preisübergabe fand in einem feierlichen Rahmen in der Labor-Bar in Zürich statt. Gastreferent Jenö Staehelin, Schweizer Uno-Botschafter in New York, musste seine Teilnahme aufgrund des Ausbruchs des Irak-Krieges kurzfristig absagen. Sein kritisches Referat, welches das gegenwärtige Weltgeschehen beleuchtete und sowohl der Uno als auch einzelnen Staaten einen Spiegel vorhielt, wurde jedoch von Nationalrat Erich Müller, Präsident der FDP Schweiz International, vorgetragen. Dank einer Live-Schaltung nach New York konnte im Anschluss an das Referat eine kurze Diskussion mit Botschafter Staehelin stattfinden, an welcher sich auch die zahlreichen



Das Gespräch mit Linda Geiser führte Kurt Aeschbacher ebenso originell wie die vorausgegangene Laudatio.



Dank einer Live-Schaltung nach New York war es möglich, mit Botschafter Staehelin eine Diskussion zu führen.



Jurymitglied Georg Stucky begründete, wieso die Wahl auf die New-York-Schweizerin gefallen ist.



Am Rande der Veranstaltung tauschten Guido Schommer und Ernst Mühlemann frische und alte Erfahrungen aus.



Gäste aus Politik, Kultur und Wirtschaft waren in der Labor-Bar mit von der Partie.



Zahlreich waren die Weggefährtinnen von Linda Geiser, die dieses Treffen zu einem kurzen Schwatz nutzten. Bilder aus

Gäste aus Politik, Kultur und Wirtschaft beteiligen konnten. Ein weiterer Höhepunkt der Veranstaltung war die ebenso originelle wie einfühlsame Lau-

datio von Kurt Aeschbacher, welche durch eine humorvolle Talk-Einlage mit der Preisträgerin abgerundet wurde. Die FDP Schweiz International ist

überzeugt, auch in Zukunft wieder würdige Preisträger/-innen zu finden, die Raymonde Berthoud aus Budapest (2002) und Linda Geiser aus New York

(2003) im «Ehrenclub der Förderer der Auslandschweizer/-innen» Gesellschaft leisten können. ■

Maiblüten zum Abstimmungssonntag

Abstimmungssam- melsurium wie dies- es kunterbunte Musikstück	grüner Sonntags- wunsch Genfersee	Morgen- land wo's noch Fiaker gibt	unpolärisch, bienen- fleissig ge- sammelt	Gesetz für Stifte und Meister	dicke Haut am Eichen- stamm	was Tessiner auch trin- ken	abgespeck- te Kata- stroph- hilfe
Herzschlag am Arm		6 Zeus hat sie dann zur Kuh gemacht		Lichtschein für Schnell- fahrer ohne Donner	8		
geistliche Chorstücke				Vorname für breites Bundesrats- lächeln		Mundart- entscheid für Stimm- zettel	
		bibl.gewal- tiger Jäger arabischer Zweimaster		1		ein Tschum- peli Weisswein	
Energie- teichen	2		hinunter, italienisch klebt und hält meist			Couche- pins Dep. welsches Eisen	3
Flaschen- gebühr		Leichtme- tall gekürzt Ruhe sei seine Pflicht		die SBB am Genfersee	7	stecken auch im Villiger	
blies einst d. Postillon, Teil v. NO-Italien		Flinten od. Dosen v. Stamm zum Zweig	5			Figaros italienische Hochzeit	
F		4	eine Initi- ative will sie fair gestalten	fließt in Spanien läuft in Australien			
D	13	Mundart- brötchen Frau oder Heidekraut				Anf. u. Ende von Zürich Fürwort für viele	
P				bleibt die Armee XXI ein Kubik- meter Holz		11	Herz- und Wirtschafts- kollaps
Tessiner Stolper- steine		10	12				9
		ih'r gilt eine d. Initiativen gestapelte Waren					
				Europa zwischen Euro und EU		Autoz. für Neuseeland Air-Plei- tevogel	
Stechmes- ser für Messer- stecher	alter Uni- Armastrum Lebewesen keine Sache			15	Amma- niakab- kömmling	Couche- pins Rie- cher auf deutsch	
dauert auch in Bern nur 24 Std.		schneller Eisschlit- ten		Lafontai- nes Fabel- lamm			14
sie blüht auf dem Wasser	Ebens Au- tozeichen Fürwort		16	Mass Län- ge Längen .. man's gedacht	alter Rest der Swiss Nachrich- tendienst		Tellur od. Tetanus in Kurzform
				Sechs- beiner mit Chitin- panzer			
dauert künftig 18 oder 21 Wochen		ihnen sol- len gleiche Rechte gelten				17	

Einsendeschluss für
das Lösungswort ist
der 9. Mai 2003.

Einsendung
der Postkarte an:
Generalsekretariat
FDP Schweiz
«Kreuzworträtsel»
Neuengasse 20
Postfach 6136
3001 Bern
oder
Fax 031 320 35 00

Den drei ausgelosten
Gewinnern wird der
Buchpreis direkt zuge-
stellt.

Blustfahrt mit zwei Ja und sieben Nein:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----

Sind Schweizer Preise übersetzt?

Topographie und Qualitätsanspruch erhöhen die Kosten

Der Preisüberwacher und die Wettbewerbskommission reklamieren, dass im Vergleich mit dem Ausland unter anderem unsere Preise für Elektrizität und für Mobiltelefonie übersetzt seien. Dabei handelt es sich aber zumindest vorläufig nur um pauschale Behauptungen.

Von Nationalrat Rudolf Steiner, Löstorf SO



Rudolf Steiner

Vertiefte Abklärungen sollen im Rahmen der eingeleiteten Verfahren vorgenommen werden. Mich befremdet, dass der Preisüberwacher und die Wettbewerbskommission aus politischen und persönlichen Motiven an die Öffentlichkeit treten und mit dieser Art von Publizität bei den Konsumentinnen und Konsumenten Verunsicherung, Verärgerung und Vorurteile schaffen. Aufgabe des Preisüberwachers, der Wettbewerbs-

kommission und anderer Aufsichtsgremien ist es, allfälligen Missständen sorgfältig und unvoreingenommen nachzugehen und, wenn sie sich bewahrheiten, die nötigen Massnahmen zu veranlassen. Im Rahmen dieser Prüfungen wird unter anderem zu berücksichtigen sein, dass in der Schweiz höhere Löhne bezahlt werden

müssen, die sich auch im Endpreis für Strom und Mobiltelefonie niederschlagen. Bei den Produktionskosten für elektrische Energie wird zudem ins Gewicht fallen, dass in der Schweiz 25% des Endverkaufspreises für Strom auf Abgaben und Beiträge an öffentliche Gemeinwesen entfallen. Nur in Dänemark sind die fiskalischen Belas-

tungen noch höher, in der restlichen EU sind sie zum Teil wesentlich tiefer und die Elektrizität entsprechend billiger.

Gleiches gilt für die Netzkosten der Mobiltelefonie: Neben den hohen Lohnkosten werden die schwierige Topographie, die eine Vielzahl von Antennenstandorten mit hohen Baukosten bedingt, die strengen schweizerischen Bauvorschriften und die in Europa strengsten Vorschriften über den Schutz vor nicht ionisierenden Strahlen in Anschlag gebracht werden müssen. Und beim Vergleich von Minutentariifen muss mit einbezogen werden, in welchem Umfang die Endgeräte, also die Handys, «subventioniert» beziehungsweise über den Minutenpreis bezahlt werden.

Bei der Stromversorgung wie bei der Mobiltelefonie fällt schliesslich auch der hohe schweizerische Qualitätsstandard wie Netzver-

fügbarekeit, Kapazität usw. ins Gewicht – alles hat eben seinen Preis.

Und so hoffe ich, dass der Preisüberwacher, die Wettbewerbskommission und andere Aufsichtsgremien künftig mit Vorverurteilungen etwas zurückhaltender sind und erst nach abgeschlossenen Prüfungsverfahren differenziert argumentieren. Dies darf von diesen Personen, die von Amtes wegen den Verdienst anderer Leute und den Gewinn von Firmen zu prüfen haben und öffentlich zu kritisieren pflegen, eigentlich auch erwartet werden. Denn immerhin bezieht der Preisüberwacher für ein Arbeitspensum von 40% ein Jahresgehalt von Fr. 92 918.– zuzüglich Betreuungszulage und der Präsident der Wettbewerbskommission für ein Arbeitspensum von 30% bis 50% ein Jahresgehalt von Fr. 100 000.– zuzüglich ein Taggeld von Fr. 150.–!

Anzeige

OHNE GEGENWIND KEIN AUFTRIEB.

THE BENEFITS OF TECHNOLOGY

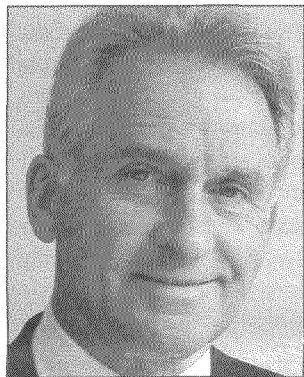
SULZER

Initiative rennt offene Türen ein

Behindertengleichstellung – die Lösung liegt im Gesetz

In der Behindertengleichstellung – das zeigt die Auseinandersetzung zur Volksinitiative «Gleiche Rechte für Behinderte» deutlich – sind Fakten gefragt. Die Diskussion gleitet rasch auf die emotionale Ebene ab, welche einem konstruktiven Dialog nur abträglich sein kann. Niemand ist gegen die Besserstellung und im Rahmen des Möglichen auch nicht gegen die Gleichstellung behinderter Menschen in unserer Gesellschaft.

Von Nationalrat Rolf Hegetschweiler, Ottenbach



Rolf Hegetschweiler

Diesem Anliegen kommt das unabhängig vom Abstimmungsresultat am 1. Januar 2004 in Kraft tretende Behinderten-Gleichstellungsgesetz in verschiedenster Hinsicht weit besser entgegen als die wenig fassbare Initiative. Das Gesetz ist klarer bezüglich Anwendungsbe- reich, durchzuführender Massnahmen und Fristen zur Umsetzung. Es bringt für viele Behinderte echte Fortschritte.

Das Kernanliegen der Volksinitiative «Gleiche Rechte für Behinderte» ist der behindertengerechte «Zugang zu Bauten und Anlagen oder mit anderen Worten die ungehinderte Inanspruchnahme von Einrichtungen und Leistungen, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind».

Kaum abschätzbare Kosten

Bezieht man sämtliche für die Öffentlichkeit bestimmten Einrichtungen mit ein, so verursacht dieses Volksbegehren Kosten in schwer abschätzbarer Höhe. Angefangen beim öf-

fentlichen Verkehr, gehören dazu namentlich auch Sportanlagen, Restaurants, Kinos und sämtliche Verkaufsgeschäfte. Zum grössten Teil also Klein- und Mittelunternehmen, bei denen die Kosten weder auf die Produkte geschlagen noch sonstwie überwältigt werden können. Einzig beim öffentlichen Verkehr sind die Zusatzinvestitionen einigermaßen vorhersehbar. In allen anderen Bereichen kann der Aufwand heute nur geschätzt werden, und es muss mit einer eigentlichen Kostenlawine gerechnet werden. Die Befürworterseite behauptet zu Unrecht, dass es mit dem öffentlichen Verkehr und dem Zugang zu öffentlichen Gebäuden sein Bewenden habe.

Jede Auslegung ist möglich

Im zweiten Absatz des Initiativtextes verlangen die Initianten: «Das Gesetz sorgt für die Gleichstellung behinderter Menschen. Es sieht Massnahmen zur Beseitigung und zum Ausgleich bestehender Benachteiligungen vor.» Diese Formulierung lässt einen grossen Interpretationsspielraum zu, der auch den Wohnbereich mit einbezieht. Zusammen mit dem geforderten verstärkten Beschwerderecht ist eine Flut von Gerichtsverfahren zulasten von Gewerbe und Hauseigentümern zu erwarten, Pilotprozesse sind bereits angekündigt. Was bereits bisher getan wurde und welche Bestrebungen derzeit im Gange sind, geht in der Abstimmungsdiskussion fast völlig unter. Dabei wäre gerade hier Klarheit und sachliche Information vonnöten. Zentrale Fragen können nur mangelhaft beantwortet werden.

Information verbessern

Gibt es beispielsweise eine zentrale Datenbank, die aktuell Auskunft gibt über Ort, Lage, Ausbaustandard, Grösse und Preis von behindertengerechtem Wohnraum? Eine Stelle, die Anbieter und Wohnungssuchende zusammenbringt und umfassend orientiert ist? Leider nicht. Allein schon mit der Optimierung der bestehenden Strukturen könnte mit relativ wenig Mitteln viel erreicht werden. Zu solchen

ten in die Welt zu setzen, welche nicht abschätzbare Konsequenzen haben.

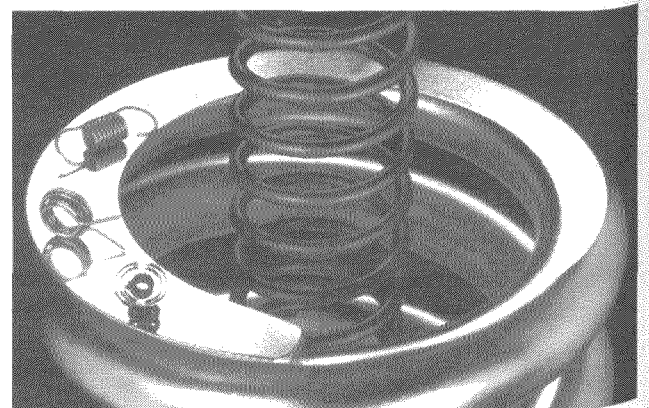
Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg

Die Zeit ist reif, die Gleichstellung behinderter Menschen voranzutreiben. Ein Projekt von diesem Umfang braucht aber insbesondere Verständnis und viel guten Willen. Diesen wichtigen Voraussetzungen kommt das Gesetz viel näher als die Initiative. Ein Nein zur Behinderteninitiative heisst deshalb, einer konstruktiven und zukunftsweisenden Behindertengleichstellung zuzustimmen.

Fragstellungen scheint man sich auf Seite der Initianten leider noch wenig Gedanken zu machen, zumindest fehlen konkrete Projekte. Konkreter wird es hingegen im letztes Jahr vom Parlament verabschiedeten Gegenvorschlag zur Volksinitiative. In einem breit angelegten Prozess wurde ein Gesetz geschaffen, welches beiden Seiten gerecht wird, und mit gutem Grund wurde auch vermieden, vage Formulierungen und Ungewisshei-

Anzeige

Weltweit federführend...



...in Technologie, Qualität und Partnerschaft...

BAUMANN FEDERN AG

Postfach, CH-8630 Rüti/Schweiz

Tel. 055/2868 111, Fax 055/2868 511

www.baumann-springs.com

E-Mail: Info@baumann-springs.com



Elektrizität schuf Freiraum für die Frau

2x Nein zu den schädlichen Atom-Ausstiegs-Initiativen

Strom ist der Motor der Wirtschaft und Grundlage des Wohlstandes. Es wurde weltweit festgestellt, dass mit steigendem Wohlstand in der Regel einerseits die Geburtenrate und die Kindersterblichkeit sinken, andererseits das Bildungsniveau ansteigt.

Von Gabriele Plüss,
Präsidentin «Frauen für
Energie», Stadt- und
Kantonsrätin, Olten

Auch in der Schweiz hat die Erschliessung mit Elektrizität das gesellschaftliche Leben verändert. Als es noch keinen Strom gab, war das Haushalten Schwerarbeit. Daneben blieb für die Frauen keine Zeit für andere Tätigkeiten. Erst die Elektrizität erleichterte die Arbeit der Frauen

und schuf ihnen Freiraum. Die heutige Stromversorgung, die zu 60% aus Wasserkraftwerken und zu 40% aus Atomkraftwerken stammt, bietet uns eine sichere, saubere und kostengünstige Versorgung. 5 Argumente gegen «Strom ohne Atom» und «Moratorium Plus»:

- Der Atom-Ausstieg belastet das Klima: Strom aus Wasserkraft und Kernenergie ist frei von schädlichen Treibhausgasen. Mit



Gabriele Plüss

Ersatzenergie belasten wir nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unser Portemonnaie, weil wir dann eine CO₂-Abgabe einführen müssen.

- Der Atom-Ausstieg macht uns vom Ausland

abhängig: 60% Wasserkraft und 40% Kernkraft sind das Rückgrat unserer Stromversorgung. Unsere Kernkraftwerke gehören zu den sichersten der Welt. Wollen wir sie abstellen und Atomstrom aus weniger sicheren Anlagen importieren?

- Wind und Sonne sind kein Ersatz: Wind und Sonne können nicht 40% unseres Strombedarfes produzieren. Das ist nicht nur technisch unmöglich, sondern würde den Strom unverhältnismässig verteuern.

- 40% Strom können nicht eingespart werden: Der Stromverbrauch

wächst nach wie vor. 2001 stieg der Verbrauch in der Schweiz um 2,6%. Der Zuwachs lässt sich höchstens eindämmen. Aber eine Reduktion des Verbrauchs um 40% ist vollkommen illusorisch.

- Der Atom-Ausstieg gefährdet Arbeitsplätze: Der Ausstieg aus der Kernenergie gefährdet nicht nur zahlreiche Arbeitsplätze in der Strombranche. Durch die höheren Strompreise könnten auch andere Unternehmen nicht mehr konkurrenzfähig produzieren und müssten Stellen abbauen. Deshalb am 18. Mai 2x Nein zu den Atom-Ausstiegsinitiativen

Anzeige

Frauen
für Energie
4600 Olten
www.ffe.ch



Im Kern
sind wir
uns einig

Drei Generationen. Eine erfolgreiche Formel.
60% Wasserkraft, 40% Kernenergie – die vernünftige Lösung.
Deshalb keine Experimente:
2 x NEIN zum Ausstieg aus der Kernenergie.

Dinner der FDP-Frauen Schwyz

Ständeratskandidat Johann Späni überzeugte

Unlängst trafen sich die FDP-Frauen Kanton Schwyz im Hotel Weisses Rössli in Schwyz. Hahn im Korb war diesmal der frisch gebackene FDP-Ständeratskandidat Johann Späni, Schindellegi, der sich für das Gesetz über Motorfahrzeugabgaben stark machte. Die FDP-Frauen liessen sich von ihm überzeugen und fassten bis auf zwei Enthaltungen einstimmig die Ja-Parole.

Von Ursula Smolinski-
Stäubli

Johann Späni freute sich darüber, dass er seinen Wahlkampf bei den FDP-Frauen Kanton Schwyz starten kann, und stellte sich vor. Er sei ein Mensch mit Temperament und Lebenserfahrung. Aufgewachsen ist er in Schindellegi. Nach einer kaufmännischen Berufslehre auf dem Steueramt machte er einen dreijährigen Auslandsaufenthalt in Paris und London, um sich in Wirtschaft und internationalem Handel weiterzubilden.

Späni hat sich der Seide verschrieben

Danach fasste er Fuss in der Textilbranche, der er bis heute treu geblieben ist. 1977 wechselte er in die Selbständigkeit und gründete einen Handelsbetrieb. Nach einer Durststrecke von fünf Jahren begann sein Geschäft zu florieren. Vor 20 Jahren kam er in Kontakt mit Seide, die er in China bezieht, in Europa weiterverkauft. Geschäftspartner ist sein Bruder, der sich auf Alpaca/Lama und peruanische Baum-

wolle spezialisiert hat. Auch mit seinem Hobby, dem Zeichnen und Planen, ist Johann Späni erfolgreich, hat er doch in Sachen Immobilien schon einige Projekte realisiert.

In der Strassenkasse herrscht Ebbe

Nach dem Dinner lernten die FDP-Frauen den Ständeratskandidaten Johann Späni als Politiker kennen. In seinem Referat über die Motorfahrzeugabgaben legte er überzeugend dar, weshalb er das Gesetz zur Annahme empfiehlt. In der Strassenkasse des Kantons Schwyz herrscht schon seit Jahren Ebbe. Bereits 1991, 1995 und 1999 versuchte die Regierung mehr Geld in diese



Ständeratskandidat Johann Späni referierte bei den FDP-Frauen über das kantonale Motorfahrzeugabgaben-Gesetz und erhielt als Dank von Präsidentin Irene Thalmann ein Präsent.

Bild Smolinski

Kasse zu bekommen. Das Schwyzer Stimmvolk lehnte aber jedes Mal eine Erhöhung der Motorfahrzeugabgaben ab.

Ausstehende Projekte von 400 Mio. Fr.

Jährlich können für den Neu- und Ausbau von Kantonsstrassen etwa 25 Mio. Fr. ausgegeben werden. Vom Bund kommen noch rund 5 Mio. Fr. hinzu. Demgegenüber stehen Projekte von über 400 Mio. Fr. an. «Zum jetzigen Zeitpunkt dauert es Jahrzehnte, bis diese Projekte realisiert werden können», meint Johann Späni.

4 Mio. Fr. mehr

Das Gesetz sieht keine generelle Erhöhung der Motorfahrzeugabgaben vor: Kleinere Fahrzeuge werden entlastet, dafür werden

Fahrzeuge mit mehr Hubraum stärker besteuert. Entlastet werden auch Lieferwagen, welche hauptsächlich vom Gewerbe benutzt werden. Daraus resultieren 1,5 Mio. Fr. Mehreinnahmen für die Strassenkasse. Ein weiterer Bestandteil des Gesetzes ist der Erlass der Strassenbauschuld von 50 Mio. Fr. Dadurch wird die Strassenkasse jährlich um 2,5 Mio. Fr. entlastet. «Wenn die Schwyzer Stimmbürger am 18. Mai 2003 das Gesetz annehmen, können zusätzlich 4 Mio. Fr. pro Jahr für den Neu- und Ausbau von Strassen ausgegeben werden», schliesst Johann Späni.

Klares Ja zum Gesetz über Motorfahrzeugabgaben

Nach dem Referat und einer kurzen Diskussion fassten die FDP-Frauen die Ja-Parole: Bis auf zwei Ent-

haltungen stimmten alle dem Gesetz über Motorfahrzeugabgaben zu. Die Anwesenden schätzten es sehr, dass sie Johann Späni als Mensch und Politiker kennen lernen durften, und wünschen ihm viel Erfolg bei den Ständeratswahlen. Das nächste Mal treffen sich die FDP-Frauen Kanton Schwyz zu ihrer Generalversammlung, die am 15. Mai 2003 im Hotel Schiff in Pfäffikon stattfindet. Gastreferentin ist die wieder kandidierende FDP-Nationalrätin Maya Laive d'Épinay.

Impressum

Schweizer Freisinn

25. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer
bestäubigsten Auflage von
70 800 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische
Partei der Schweiz
Redaktion: Ruedi Schläpfer
(rus). Für die Kantonsseiten
die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail schlaepfer@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

Kretz AG
Verlag und Annoncen
General Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Telefon 01 925 50 60
Fax 01 925 50 77
E-Mail
fdp.annoncen@kretzag.ch
Internet www.kretzag.ch

Layout/Druck

NZZ PRINT
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch



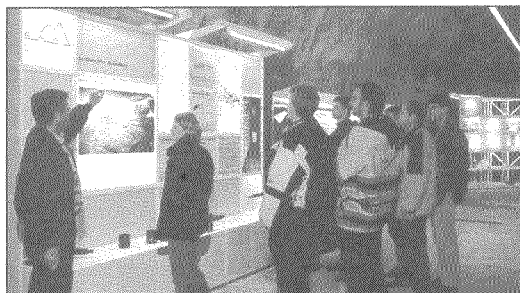
DEN LEICHTEREN GEGNER GEWAHLT...



Karikatur Andreas Töns

Neues Kernenergiegesetz

Sichere Entsorgung mit regionaler und lokaler Mitsprache



National- und Ständerat haben am 21. März 2003 ein neues Kernenergiegesetz verabschiedet. Radioaktive Abfälle sind grundsätzlich im Inland zu entsorgen, und zwar so, dass der dauernde Schutz von Mensch und Umwelt gewährleistet ist. Ein geologisches Tiefenlager darf nur gebaut werden, wenn die strengen Schutzziele nachweislich eingehalten werden. Die Abfallverursacher müssen dem Bundesrat künftig ein Entsorgungsprogramm zur Genehmigung unterbreiten. Damit wird dem Bundesrat in dieser nationalen Aufgabe mehr Führungsverantwortung übertragen. Für Fortschritte bei der Entsorgung ist – neben den technisch-wissenschaftlichen Grundlagen – politische Unterstützung nötig.

In unserem föderalistischen, demokratischen Staatswesen sind wir gewohnt, Entscheide stufengerecht zu treffen: Über einen neuen Kin-

dergarten entscheidet die Gemeinde, die Erweiterung des Spitals wird kantonal beschlossen, und über Anlagen von nationalem Interesse, wie bei der Neat oder beim Nationalstrassenbau, stimmen wir auf eidgenössischer Ebene ab. Nukleare Entsorgung ist eine nationale Aufgabe. Der Grundsatzentscheid (Rahmenbewilligung), wo, wie und wann ein Tiefenlager einmal gebaut wird, soll auf nationaler Ebene getroffen werden.

Gleichzeitig ist klar, dass ohne Einbezug der Standortregion und ohne Verständnis für diese wichtige Umweltschutzaufgabe in der Bevölkerung das Problem nicht gelöst werden kann. Das Parlament hat daher dem Standortkanton, den benachbarten Kantonen und den benachbarten Ländern ein weitreichendes Mitspracherecht eingeräumt. Sie werden nicht nur angehört, sondern neu an der Vorbereitung eines Bundesratsentscheids zur Rahmenbewilligung beteiligt. Der so breit abgestützte Entscheid des Bundesrats muss anschliessend vom Parlament genehmigt werden und untersteht dem fakultativen Referendum – und damit demokratischer Kontrolle.

Sollte einmal ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle im Zürcher Weinland realisiert werden, würden neben dem Standortkanton Zürich mindestens auch die Kantone Schaffhausen und

Thurgau sowie Deutschland am Inhalt der Rahmenbewilligung beteiligt. Bei einem Referendum könnte sich nicht nur die Zürcher Bevölkerung äussern, sondern auch die der Nachbar Kantone. Die nachfolgenden Bau- und Betriebsbewilligungen können neu bis vor Bundesgericht angefochten werden. Die deutschen Nachbarn sind im Bewilligungsverfahren rechtlich den Schweizern gleichgestellt.

Die eidgenössischen Räte haben sich damit für die qualifizierte Mitsprache der Bevölkerung und eine lösungsorientierte Politik entschieden, welche berechnete Anliegen der Betroffenen frühzeitig berücksichtigt. Das verabschiedete Kernenergiegesetz untersteht noch dem fakultativen Referendum.

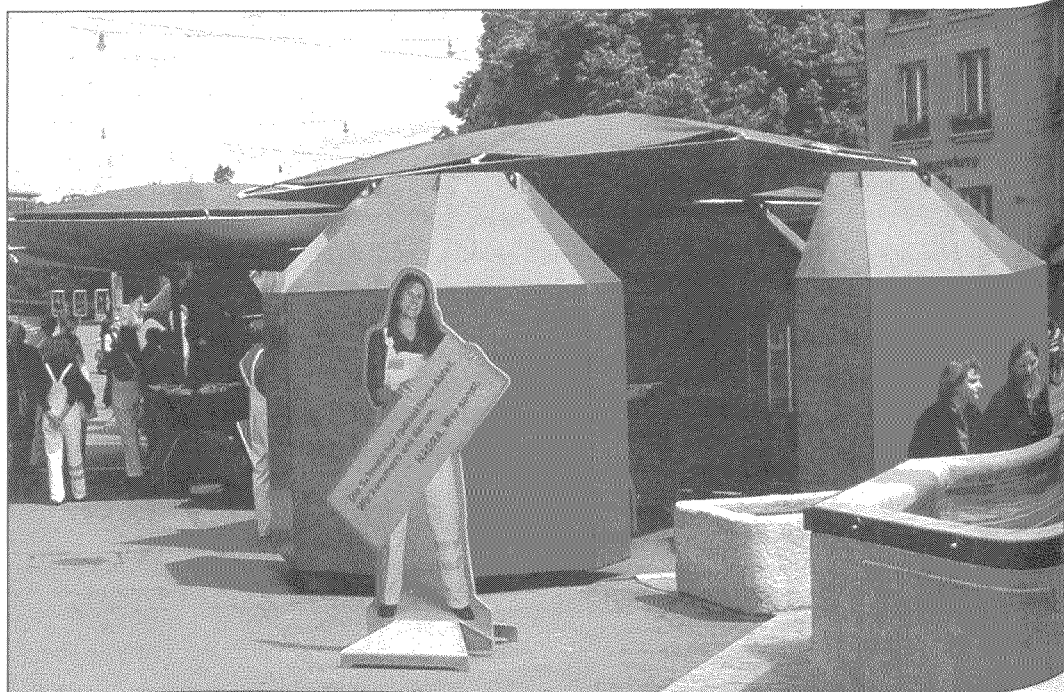
**Offene Fragen –
kontaktieren Sie uns –
wir antworten ...**

**... zum Beispiel zu Bauten und Anlagen
eines Tiefenlagers.**

[www.nagra.ch/deutsch/aktuell/presse/
download/ProjektOpa.pdf](http://www.nagra.ch/deutsch/aktuell/presse/download/ProjektOpa.pdf) oder
Tel. 056 437 11 11.

Besuchen Sie das Felslabor im Grimselgranit oder im Opalinuston des Mont Terri

Wollen Sie mehr wissen über die Entsorgung radioaktiver Abfälle? Wollen Sie wissen, wie die Nagra zusammen mit über 10 ausländischen Partnern tief im Gebirge forscht? Dann besuchen Sie doch eines der beiden Felslabors der Schweiz: Das Felslabor Grimsel oder das Felslabor Mont Terri im Kanton Jura. Ein Besuch ist kostenlos und wird von kompetenten Wissenschaftlern geführt. Einfach anrufen und anmelden (Gruppen ab 5 Personen). Frau Spitznagel gibt Ihnen gerne weitere Auskünfte, Telefon 056 437 12 82. Wir freuen uns auf Ihren Besuch. Mehr Informationen finden Sie unter www.nagra.ch in der Rubrik Forschung.



Wie gewinne ich Wahlen?

Wahlkampfkurs 27./28. Juni 2003 in Thun

Freitag, 27. Juni 2003

Ausbildungsmodul	Dauer/Zeit	Referenten
Eintreffen	ab 13.30	Teilnehmende individuell
Begrüssung und Einführung (Ziele, Ablauf, Organisation)	10' 14.00-14.10	Bruno Henggi, Fraktionssekretär
Wahlkampfplattform FDP	20' 14.10-14.30	Guido Schommer, Generalsekretär
Schwerpunktthema Sicherheit im Alltag Präsentation/Fragen/ Diskussion	45' 14.30-15.15	NR Kurt Wasserfallen
Schwerpunktthema Gesundheits- und Sozialpolitik Präsentation/Fragen/ Diskussion	45' 15.15-16.00	NR Trix Heberlein
Pause	30' 16.00-16.30	
Medienarbeit Zeitung Arbeitsweise Redaktion Wie komme ich in die Zeitung? Leserbrief/Zeitungsartikel	90' 16.30-18.00	Ruedi Schläpfer, Redaktor «Freisinn»
Pause	18.00-18.15	
Schwerpunktthema Wachstum Gesundheits- und Sozialpolitik Präsentation/Fragen/ Diskussion	45' 18.15-19.00	Andreas Müller, Leiter Politisches Sekretariat FDP Schweiz
Apéro und gemeinsames Nachtessen im Beisein von NR Yves Christen	ab 19.30	

Kursort

Hotel Seepark Thun, Seestrasse 47, 3602 Thun
Tel. 033 226 12 12, Fax 033 226 15 10
E-Mail info@seepark.ch, www.seepark.ch

Übernachtung (bitte selbständig buchen)

Empfehlung: Hotel Seepark Thun, Seestrasse 47, 3602 Thun

Nachtessen (in den Kurskosten nicht inbegriffen)

Im Kurshotel

Kontaktperson/Anmeldung

Bruno Henggi, FDP Schweiz, Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001
Bern, Tel. 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, E-Mail henggi@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Anmeldefrist für den Kurs: 23. Juni 2003

Anmeldung mit nebenstehendem Talon

Samstag, 28. Juni 2003

Ausbildungsmodul	Dauer/Zeit	Referenten
Persönliche Homepage	60' 8.30-9.30	Sibylle Burger-Bono
Pause	15' 9.30-9.45	
Organisation Persönlicher Wahlkampf	60' 9.45-10.45	Hannes Treier, Wahlkampfleiter FDP BE
Pause	15' 10.45-11.00	
Meine Erfahrung im persönlichen Wahlkampf Panelgespräch/Diskussion	45' 11.00-11.45	Hannes Treier, Wahlkampfleiter FDP BE NR Pierre Triponez, BE RR Martin Schmid, GR
Schluss des Seminars Auswertung	15' 11.45-12.00	Bruno Henggi, Fraktionssekretär

Anmeldetalon

Ich melde mich verbindlich für den Kurs vom Freitag/Samstag,
27./28. Juni 2003, in Thun zum Preis von Fr. 120.- (exkl. Über-
nachtung/Abendessen) an.

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel. P: _____ Tel. G: _____

Fax: _____ E-Mail: _____

Parteisektion: _____ Parteifunktion: _____

Politisches Amt: _____

Kandidat(in) für: _____

Ort/Datum: _____

Unterschrift: _____

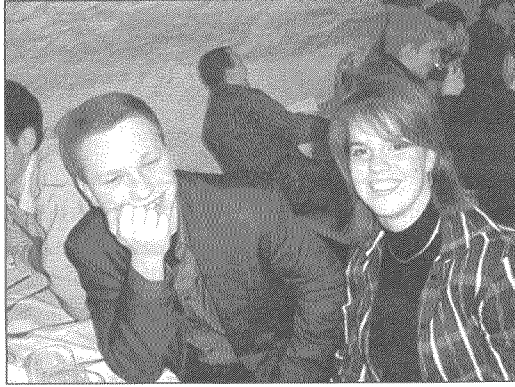
Bitte um Rücksendung bis 23. Juni 2003 an das Generalsekretariat
FDP Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder Fax 031 320 35 00
oder henggi@fdp.ch.

50 Jahre Jungfreisinnige

Jungfreisinniger Jubiläumskongress 2003 in Basel



Die Nationalräte Yves Christen und Johannes Randegger im Gespräch mit Yves Müller.



Die Berner Fraktion mit Nathalie Conrad und Bernhard Eicher.



Die hochkarätige Podiumsbesetzung: Nationalrat Randegger, Ständerätin Leumann, Vizerektor Druwe sowie FDP-Präsidentin Langenberger.

Über 80 Jungfreisinnige aus allen Landes- und Sprachteilen der Schweiz fanden sich am Wochenende vom 6. bis zum 8. April 2003 in Basel ein, um den Jubiläumskongress der Jungfreisinnigen Schweiz zu zelebrieren. Der Kongress fand unter dem Thema «Bildung und Forschung» statt. Die Verabschiedung der Wahlkampfpapiere stand im Mittelpunkt des statutarischen Teils.

Von Yves Müller, Vorstand
Jungfreisinnige Schweiz

Am Freitag, 6. April 2003, begann das jungfreisinnige Wochenende im Cliquenkeller der «Alte Richtig». Nach einem Begrüssungsapéro wurde der Kongress von Monika Guth, Präsidentin der Jungfreisinnigen Basel, offiziell eröffnet. Von diesem Moment an wussten es alle Teilnehmer, dass nicht nur die Jungfreisinnigen Schweiz 2003 ein Jubiläumsjahr begehen. Die Jungfreisinnigen Basel können dieses Jahr ihr 50-Jahre-Vereinsjubiläum feiern. Es folgte eine spannende und interessante Rede des Nationalratspräsidenten Yves Christen. Die Zuhörer vernahmen, dass sich Herr Christen darüber freute, ei-

nen Cliquenkeller besuchen zu dürfen. Anschliessend wurde das Abendessen in der Brauerei des Ueli-Biers serviert. Die Jungfreisinnigen lernten die kulinarischen Leckerbissen der Universitätsstadt zu schätzen. Am Samstag – nach dem Besuch des Kunstmuseums bzw. des Basler Zoos – standen die Workshops zu den Themen «Steuerungsmöglichkeiten des Staates im Bereich Universitäten & ETH», «Was für Konsequenzen ziehen wir aus der PISA-Studie?», «Die Rahmenbedingungen des Staates für den Forschungsplatz Schweiz» und «Sinn und Zweck des Bologna-Modells» an. Die Arbeiten aus den Workshops mündeten in einem hochkarätig besetzten Podium

zum Thema Bildung und Forschung. Es debattierten Christiane Langenberger, Helen Leumann, Johannes R. Randegger und Ulrich Druwe, Vizerektor der Uni Basel. Man war sich darüber einig, dass in der Bildung und Forschung mehr finanzielle Mittel benötigt werden, um mit dem Bildungs- und Forschungsstandort Schweiz entsprechendes Wachstum generieren zu können. Falls diese zukunftssträchtigen Bereiche Sparmassnahmen zum Opfer fallen, hätte dies einen Abstieg von der Champions League des Wirtschaftsstandortes Schweiz in die Nationalliga zur Folge. Aufgrund dieses Podiums verfassten die Jungfreisinnigen Schweiz eine entsprechende Resolution. Bei der Stadtführung lernten die Teilnehmer Basel von seiner schönsten Seite kennen. Als Beispiel zu nennen sind hier die architektonischen Sehenswürdigkeiten von Basel. Es folgte die Abendrundfahrt auf dem Rhein, wel-

che unter dem Motto «Indischer Abend» stand. Dies gab uns die Gelegenheit, die Stadt aus einem anderen Blickwinkel kennen und schätzen zu lernen. Wie es sich für einen Kongress gehört, dauerte der Abend bis in die frühen Morgenstunden des Sonntags. Um 11 Uhr begann der statutarische Teil des Kongresses im Grossratsaal. Der Genfer Florian Perrez wurde zum neuen Vizepräsidenten der Jungfreisinnigen Schweiz gewählt. Im Vordergrund des Kongresses stand jedoch die Verabschiedung bzw. Besprechung der Wahlkampfpapiere zu den Themen «Bildung», «Langfristige Finanzierbarkeit der Sozialwerke», «Innere Sicherheit» und «Asyl». Die Inhalte dieser Papiere wurden detailliert besprochen und wo nötig abgeändert bzw.

präzisiert. Gegen 16 Uhr erklärte Daniel Helfenfinger, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, den Jubiläumskongress offiziell für beendet. Rückblickend war der Jubiläumskongress in Basel ein Erfolg. Den Organisatoren ist zu danken und zum 50-jährigen Bestehen zu gratulieren. Die Jungfreisinnigen nehmen das Wahl- und Jubiläumsjahr 2003 gestärkt in Angriff. In Basel wurde Zukunft gestaltet.



Die FDP im Wahljahr: 2. Teil

Eine Trendumkehr ist Pflicht

Die Ergebnisse aus den kantonalen Wahlen der letzten Wochen haben der FDP bereits das Image einer Verliererin für die eidgenössischen Wahlen vom 19. Oktober 2003 zugeschrieben. Wir werden das Resultat in sechs Monaten kennen.

Von Michel Fischer,
GS FDP Schweiz, Bern

Sich mit diesem Image abzufinden, wäre aber der falsche Weg. Unser Einsatz für die FDP lohnt sich, ist für die Schweiz von dringender Notwendigkeit, sonst drohen vier verlorene Jahre, in denen sich SP und SVP mit überrassenden Forderungen gegenseitig blockieren.



Michel Fischer

Kantonale Wahlen

Die FDP konnte in den kantonalen Frühjahrsahlen im Tessin und in Appenzell Ausserrhoden ihre starke Stellung halten, musste jedoch in anderen Kantonen der Legislative Sitzverluste in Kauf nehmen. Trotzdem ist die FDP in den kantonalen Parlamenten gesamtschweizerisch die stärkste Partei. Mit ihrer Stellung im eidgenössischen Parlament (grösste Fraktion) und in Legislative und Exekutive in den Kantonen nimmt die FDP daher die wichtige Rolle ein (und dies seit 155 Jahren), die Schweiz vorwärts zu bringen.

Nichtwählern zum Wahlsieg verholfen

Die FDP hat Sitze verloren. Andere Parteien haben sie gewonnen. Daraus zu schliessen, dass die FDP ihre Wählerinnen und

Wähler einfach an diese Parteien verliert, wäre aber falsch. Die FDP verhilft vor allem der grössten Partei – der Partei der Nichtwähler – zu weiterem Wachstum. Diese Partei hat jedoch keine Lösungen. Deshalb muss auch gegen sie angekämpft werden. Wichtig ist daher, dass die FDP die eigenen Wählerinnen und Wähler wieder an die Urnen bringt. Eine hohe Stimmbeteiligung hilft nicht grundsätzlich den Extremen, da viele Personen nicht aus Protest zu Hause bleiben. Wir müssen den vielen zufriedenen Bürgerinnen und Bürgern erklären können, dass die FDP entscheidend zum Erfolgsmodell Schweiz beigetragen hat. Dies kann nur gelingen, wenn wir an die Öffentlichkeit gehen, wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern unser eigenes Engagement für die Partei und für die Schweiz zeigen.

Erst dann wirken wir glaubwürdig. Erst dann wird sichtbar, dass wir uns mit vollem Einsatz für dieses Land engagieren wollen. Erst dann wird die FDP gewinnen.

Wesentliche Bestandteile

1. Abstimmungen vom 18. Mai. Die FDP setzt sich ein für ein Ja zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz XXI und kämpft gegen Milliardenkosten, welche die sieben eingereichten Initiativen von linker Seite kosten würden. 2x Ja und 7x Nein wären nicht nur im Sinn der FDP, sondern vor allem zum Wohle der Schweiz. Zu weit greifende Initiativen bringen unser Land nicht weiter, sondern setzen lediglich die bereits überstrapazierten Finanzen weiter unter Druck. Das schadet letztlich jeder und jedem Einzelnen in der Schweiz. Wir können nicht das Schöne versprechen. Wir müssen das Notwendige tun.

2. Themenschwerpunkte: Nach dem 18. Mai wird die volle Konzentration auf dem Wahlkampf liegen. Es gibt dann keine Möglichkeit mehr, sich bei Abstimmungen zu profilieren. Die FDP hat für die heisse Phase drei Themenschwerpunkte gesetzt, welche im Wahlkampf im Vordergrund stehen werden: Arbeitsplatzsicherheit, Rentensicherheit, Bürgersicherheit. 3. Kandidatinnen und Kandidaten: Die Nominierungen sind in den Kantonen weiter vorangeschritten. Die

FDP Schweiz unterstützt die Kandidatinnen und Kandidaten in allen Bereichen (Ausbildung, Informationen zu politischen Themen, Auftritte in der «Arena» usw.). Ausserdem werden auf der Homepage der FDP Schweiz alle Kandidierenden mit Bild und Lebenslauf präsentiert werden.

Selbstverständnis der FDP

Von allen Seiten wird uns eingeredet, dass wir bei den nächsten Wahlen an dritter Stelle landen werden. Doch das kann nicht die Haltung der FDP sein. Die FDP hat eine breite Basis, ist in allen Landesteilen, in allen Regionen und in allen Altersgruppen verankert. Sie ist eine Volkspartei und kann deutlich über 20% Wähleranteil gewinnen. Doch dazu braucht es den eigenen Glauben an den Erfolg und den Stolz, sich für die FDP einzusetzen. Eine Partei mit 150 000 Mitgliedern und über 1200 Ortssektionen kann keine elitäre Kleinpartei sein, sondern nur eine tief in der Bevölkerung verankerte Partei. Gehen wir also auf die Strassen, seien wir stolz darauf, was unsere Partei für dieses Land Positives geleistet hat. Wer nichts macht, macht zwar keine Fehler, erreicht aber auch nichts.

Rücktritte als Chance sehen

Etwa ein Viertel der FDP-Fraktion wird sich diesen Herbst nicht mehr der Wie-

derwahl nach Bern stellen. Man kann dies lediglich als Hypothek sehen. Veränderungen bedeuten jedoch auch Chancen. Stellen wir diese in den Vordergrund. Rücktritte führen dazu, dass unter den Kandidierenden ein echter Wahlkampf entsteht um den freigewordenen Sitz. Dies mobilisiert. Der Erfolg der Partei kommt nicht von den Spitzenkandidaten alleine, sondern ist stark von allen Personen auf der Liste abhängig. Die FDP wird nur gewinnen, wenn alle Kandidatinnen und Kandidaten viele Stimmen erreichen. Um Sitze zu erhalten, müssen zuerst die Parteistimmen gesammelt werden. Und dafür lohnt es sich zu kämpfen, denn am Wahlabend werden wir nicht nur an den Sitzen, sondern auch an den Wählerprozenten gemessen.

Trendumkehr

Die FDP will stärker werden. Alle anderen Ziele wären Unsinn. Dazu muss im Herbst eine Ausnahme-situation geschaffen werden können. Es braucht eine Trendumkehr. Und sie wird gelingen, wenn wir alle davon überzeugt sind und uns mit Freude und Engagement hinter die Partei stellen. Wir müssen wieder Spass daran haben, von der und über die FDP zu sprechen. Es gibt Grund genug dazu. Die Argumente könnten auf unserer Seite liegen, wenn wir es nur wollten. Lassen wir uns nicht immer alles Negative zuschieben, heben wir das Positive hervor! Überzeugen wir unsere Nachbarn, unsere Freunde und unsere Bekannten davon, dass die FDP besser ist für die Schweiz. ■



Aletschgletscher

Exklusives Angebot für die FDP-LeserInnen vom 26./27. Juli 2003 (Schlechtwettervariante 9./10. August 2003)

Experten sind sich einig, der Aletschgletscher gehört zu den schönsten Gletschern weltweit. Die Wanderung vom Jungfrauoch zur Riederalp ist technisch einfach; trotzdem trauen sich nur wenige Leute, den Fussmarsch in Angriff zu nehmen. Mit unseren Bergführern kommen Sie sicher ans Ziel und zu einem einmaligen Erlebnis.

Der Trip ist geeignet für Leute, die ohne Mühe mehrere Stunden wandern können und trittsicher sind. Alpinistische Kenntnisse sind keine nötig. Während unserer Expedition verlieren wir meist an Höhe. Lediglich am Ende des Glet-

schers ist ein Aufstieg in Richtung Wallis nötig. Am Samstag marschieren wir vier, am Sonntag sechs Stunden. Selbstverständlich gibt es genügend Verschnauf- und Fotopausen. Nachdem wir am Samstag mit der Zahnradbahn das Jungfrauoch mit seinen 3454 m ü. M. erreicht haben, beginnt der Abstieg über den Irrgarten von Eis bis zur Konkordiahütte auf 2870 Metern. Ein Sonnenuntergang, von der Hütte aus verfolgt, gehört zu den schönsten Naturerlebnissen in der Schweiz. Bei einem Apéro erklärt ein Bergführer, wie die Klimaveränderungen den Gletscher beeinflussen. Am Sonntag werden die Bergführer im-

mer unentbehrlicher. Bäche aus Schmelzwasser lassen keine Wege mehr erkennen. Alle Teilnehmer sind übrigens vom ersten bis zum letzten Schritt mit einem Seil gesichert. Auf der Riederalp erwartet uns zum Schluss eine Weindegustation mit edelsten Tropfen der Gegend. Das Abenteuer kostet für Inhaber eines Halbtaxabos

inkl. Rundreise mit Bus, Zug (Mörel-Kandersteg), Jungfrauoch- und Seilbahn, der Bergführer und der Hütte (Massenlager) Fr. 580.- inkl. Halbpension (Zuschlag ohne Halbtax Fr. 55.-).

Der Bus fährt ab Zürich mit Einsteigemöglichkeit in Bern Grauholz und Bern City. Eine Liste mit Ausrüstungstipps und ein Detail-

programm mit den genauen Zeiten werden mit der Bestätigung direkt von der cotravel ag in Allschwil/BL zugestellt. Ausser guten Wanderschuhen sind keine aussergewöhnlichen Gegenstände notwendig. Ein Schlafsack ist zum Beispiel nicht erforderlich.

Anmeldung

Ich melde definitiv _____ Person(en) an für die FDP-Aletschtour vom 26./27. Juli 2003 (Schlechtwetterdatum 9./10. 8. 2003). Die Tour kostet mit Halbtaxabo Fr. 580.- zuzüglich der oblig. Annullationskostenversicherung von Fr. 15.-.

Ich habe kein Halbtax und zahle den Zuschlag von Fr. 55.-.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel. tagsüber: _____

Datum/Unterschrift: _____

Für Begleitpersonen bitte Coupon kopieren.
Einsenden an: «FDP», cotravel, Postfach, 4123 Allschwil 3

cotravel –
der Spezialist für Incentivereisen.



FDP

REISEGARANTIE